

## Frankreich zwischen Staatsstreich und Staatsreform

### Die Auflösung des parlamentarischen Regimes der IV. französischen Republik

Von Dr. Günter Schütze, Paris

Die Schlüsselstellung, die Frankreich nicht nur im engeren Bereich der westeuropäischen Zusammenarbeit, sondern auch in dem umfassenderen Bündnissystem der NATO und in dem vielschichtigen Prozeß der Ost-West-Verhandlungen einnimmt, verleiht jeder wesentlichen Kursänderung der französischen Innen- oder Außenpolitik dramatische Akzente. Andererseits hat die politische und soziale Struktur Frankreichs auch in den Kämpfen und Wirren der Nachkriegsjahre ein Beharrungsvermögen bewiesen, das die Schlagzeilen der Welpresse Lügen zu strafen schien. Dieser Gegensatz macht es besonders schwer, zu einem ausgewogenen Urteil über Wesen und Bedeutung der französischen Staatskrise zu kommen, die am 13. Mai 1958 ausbrach. Einige ihrer wesentlichen Elemente sind in früheren Beiträgen behandelt worden (vgl. u. a. Arnold Bergstraesser, „Frankreich, Deutschland und Europa“ in Europa-Archiv 1/1956, S. 8509—8515; Roger Lévy, „Die Entwicklung in Indochina seit den Genfer Abkommen vom Juli 1954“ in Europa-Archiv 4/1956, S. 8609—8618; René Servoise, „Die Politik Frankreichs im ‚Schwarzen Afrika‘“ in Europa-Archiv 14/1957, S. 10 007—10 018; Günter Schütze, „Das Algerienproblem in wirtschaftlicher und sozialer Sicht“ in Europa-Archiv 5—6/1958, S. 10 576—10 582, und „Die Freihandelszone als Krisenherd der europäischen Integrationspolitik“ in Europa-Archiv 9/1958, S. 10 707—10 718). Die vorliegende Folge soll unseren Lesern vor allem einen Ueberblick über die jüngsten Ereignisse geben, die Frankreich in einen Schwebzustand „zwischen Staatsstreich und Staatsreform“ geführt haben. Ein Beitrag in der nächsten Folge, der Frankreichs militärische Aufgaben und Möglichkeiten in der Uebergangszeit von der Strategie des Kalten Krieges zur Raketenstrategie behandelt, soll das Bild ergänzen. Dem gleichen Zweck dienen drei Dokumente, die wir noch in dieser Folge bringen. Der Bericht des französischen Wirtschaftsrates vom 12. Juni 1958 (vgl. S. 10 903) läßt erkennen, daß die Kredite in Höhe von insgesamt 655 Millionen Dollar, die Frankreich von der OEEC, vom Internationalen Währungsfonds und von der amerikanischen Regierung bewilligt wurden, noch vor Ende des Jahres erschöpft sein werden, ohne daß bis dahin eine wesentliche und definitive Verbesserung der französischen Zahlungsbilanz erreicht werden kann. Die Notwendigkeit neuer umfassender Kreditverhandlungen ist daher eine der harten Tatsachen, mit denen die französische Politik in den nächsten Monaten rechnen muß. Andere drängende Probleme legt das Interview, das der tunesische Staatspräsident, Bourguiba, der französischen Zeitung *L'Express* gab (vgl. S. 10 898), schonungslos, aber doch nicht ohne Verständnis für die Situation Frankreichs bloß. Die Situation in Tunis hat sich seither durch das Abkommen vom 17. Juni (vgl. S. 10 902) sichtbar entspannt. Indem Frankreich einem Sonderstatut für die französischen Truppen in Bizerta zustimmte, hat es implizite die Souveränität Tunesiens über diesen lange umstrittenen Stützpunkt anerkannt, während Bourguiba der sofortigen Aufnahme von Verhandlungen über das Statut zustimmte, ohne auf dem vorherigen Abzug der französischen Truppen aus dem restlichen tunesischen Gebiet zu bestehen. Die Klage Tunesiens gegen Frankreich vor dem Sicherheitsrat ist bisher nicht zurückgezogen worden, doch scheint die tunesische Regierung anzustreben, daß der Sicherheitsrat das Abkommen zur Kenntnis nimmt und die Verhandlung der Klage auf unbestimmte Zeit verschiebt. Präsident Bourguiba erklärte am 19. Juni in Gegenwart der marokkanischen Minister und der Delegierten der FLN, die an der Konferenz von Tunis (vgl. das Communiqué auf S. 10 902) teilgenommen hatten: „Frankreich hat den Weg der Vernunft und der Gerechtigkeit gewählt ... Die Zustimmung der neuen französischen Regierung zum Abzug ihrer Truppen aus Tunesien ist ein gutes Vorzeichen für den gesamten arabischen Maghreb.“ Diese zuversichtliche Äußerung gewinnt vor dem Hintergrund der von uns wiedergegebenen pessimistischen Erklärungen Bourguibas vom 5. Juni ein besonderes Gewicht.

Co.

### Der Verfall der Staatsautorität

Vom 13. Mai 1958, als einige hundert junger Algerien-Franzosen das Generalgouvernement in Algier kampflos stürmten und damit das Signal zur offenen Auflehnung gegen die Regierung des Mutterlandes gaben, bis zum 29. Mai, als General Charles

de Gaulle die Bildung der Regierung in Paris übernahm, erlebte Frankreich die schwerste Staatskrise seit dem Juni 1940. Das Land befand sich am Rande des Bürgerkrieges, der eine „Volksfrontpartei“ einer „Staatsstreichspartei“ von Militärs und Rechtsextre-



misten gegenüberzustellen drohte. Die Bewegung, die am 13. Mai von Algier ausging, hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Macht auch im Mutterland zu ergreifen. Unzweifelhaft handelte es sich um einen wohl vorbereiteten Umsturzversuch. Daß dieses von Algerien ausgehende Unternehmen mit verblüffender Schnelligkeit wie ein Lauffeuer um sich griff, ohne auf wirklichen Widerstand zu stoßen, zeigte mit unmißverständlicher Deutlichkeit, daß die republikanisch-parlamentarischen Institutionen so von innen ausgehöhlt waren, daß sie beim ersten Stoß in sich zusammenfielen. Zwei Wochen nach dem 13. Mai bescheinigten sich Regierung und Nationalversammlung, daß sie — unfähig zu leben — nicht in Schönheit sterben konnten<sup>1</sup>. Als Charles de Gaulle von den Abgeordneten der Nationalversammlung zum Ministerpräsidenten gewählt und mit außergewöhnlichen Sondervollmachten ausgestattet wurde, ging die IV. Republik zu Ende, doch die Republik lebte.

#### *Ursachen und Symptome der Selbstaufgabe von Regierung und Parlament*

Wenn ein an sich zweitrangiges Ereignis wie der Sturm auf das Generalgouvernement in Algier — so wie der Sturm auf die Bastille 1789 — genügt, die politischen Grundlagen eines Landes zutiefst zu erschüttern und die staatlichen Institutionen aus den Angeln zu heben, so beweist das letzten Endes, daß das Staatsgebilde nicht mehr lebensfähig ist, da es keine echten Abwehrkräfte mehr entwickeln kann. In dem schleichenden und konstanten Verfall der Staatsautorität, der Autorität der Regierungen und des Parlamentes der IV. Republik muß der eigentliche Grund für die Ereignisse gesucht werden, die seit dem 13. Mai das Land an den Rand des Abgrundes brachten. Dieser Verfall setzte ein, als Frankreich seine großen inneren und äußeren Probleme nicht mehr lösen wollte, sondern einfach aufschob: Der Indochinakonflikt zog sich acht Jahre lang bis zum bitteren Ende hin. Die Lösung der marokkanischen Frage wurde überhaupt nur durch ein höchst gefährliches und geschicktes Doppelspiel ermöglicht, während die Grundlagen für die Unabhängigkeit Tunesiens während des Intermezzos *Mendès-France* gelegt werden konnten. Der Streit um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vergiftete über zwei Jahre lang die innenpolitische Atmosphäre, und der algerische Konflikt führte dann schließlich zum Zusammenbruch. Seit im Jahre 1946 die IV. Repu-

blik geboren wurde, kämpften französische Truppen ständig in dem einen oder anderen Teile der Welt, in Asien und in Afrika.

Als am 2. Januar 1956 mit den Wahlen zur Nationalversammlung die dritte Legislaturperiode begann, trat die Krise der Institutionen in ein akutes Stadium. Als Führer der nichtkommunistischen Linksparteien und der Regierungskoalition der „Republikanischen Front“, die den Frieden für Algerien versprachen und die Wahlen gewonnen hatten, beugte sich Guy Mollet am 7. Februar 1956 in Algier den lärmenden Manifestanten, die ihn mit Drohungen und faulen Tomaten bedachten. Achtzehn Monate lang ließ sich Mollet auf den Versuch ein, mit den Männern der Linken und der Mitte eine Politik der Rechten zu führen, die mehr und mehr zur Politik der europäischen „Ultras“ in Algerien wurde. Die Folge war, daß die „Doppelsprachigkeit“ — in der Öffentlichkeit sagte man das Gegenteil von dem, was man dachte — mehr und mehr den Charakter der Regierungen Mollet, Bourguès-Maunoury und Gaillard prägte. In steigendem Maße fehlte den Ministern und der Mehrheit des Parlamentes der Mut, den Dingen ins Gesicht zu sehen. Man griff nicht mehr durch, denn man fürchtete, daß die Anordnungen der Regierung nicht mehr befolgt werden würden. Zunächst fürchtete man die Reaktionen der Algerien-Franzosen auf die im Gesamtinteresse für notwendig erachteten Maßnahmen, bis dann schließlich Unsicherheit und Mißtrauen auch auf das Mutterland übergriffen.

Als Frankreich am 30. Oktober 1956 die Aktion gegen Aegypten begann, waren neben der mit der Durchführung betrauten militärischen Führung nur wenige Minister und einige ihrer Mitarbeiter an der Entscheidung und Vorbereitung beteiligt gewesen<sup>2</sup>. Außenminister Christian Pineau hatte zwar den Plan für ein solches Unternehmen aktiv gefördert, die französische Diplomatie war aber von dem Unternehmen ebenso überrascht wie die meisten Minister, das Parlament und die Öffentlichkeit. Im Gegensatz zu dem, was dann in Großbritannien geschah, wurde in Frankreich das Vorgehen gegen Aegypten aber auch von denjenigen Ministern und Parlamentariern gedeckt, die eine solche Aktion für verfehlt und hoffnungslos hielten. Man nahm eben das *fait accompli* hin, ebenso wie man die Affäre *Ben Bella* hinnahm<sup>3</sup>. Die Vorgänge nach der Bombardierung des tunesischen Dorfes Sakiet stellten einen weiteren und diesmal entscheidenden Schritt auf dem Wege

<sup>1</sup> Vgl. die Ausführungen des Direktors der Zeitung *Le Monde*, Hubert Beuve-Méry, unter dem Pseudonym „Sirius“ in *Le Monde* vom 29. Mai 1958.

<sup>2</sup> An der Vorbereitung der Aktion waren beteiligt der Ministerpräsident Guy Mollet, der Außenminister Christian Pineau, der Verteidigungsminister Maurice Bourguès-Maunoury, die Minister Robert Lacoste und Max Lejeune.

<sup>3</sup> Am 22. Oktober 1956 wurde das in marokkanischen Diensten stehende, aber noch in Frankreich registrierte Flug-

zeug, das den algerischen Rebellenführer *Ben Bella* und vier seiner Kollegen von Rabat nach Tunis bringen sollte, außerhalb der französischen Hoheitsgewässer von den französischen Militärbehörden in Algerien eigenmächtig zur Landung in Algier gezwungen. Die verantwortlichen Pariser Stellen mißbilligten zwar schärfstens diese Aktion, doch wurde der Handstreich nachträglich dann gebilligt, und die Urheber des Unternehmens wurden noch belobigt.



der Selbstaufgabe dar. Zunächst war die Reaktion der meisten Minister und der Mehrheit der Parteien recht scharf gegen diese von — wie man sagte — „untergeordneten militärischen Stellen“ angeordnete Aktion. Als sich die Militärbefehlshaber auf eine vom Kriegsminister erteilte und vom Ministerrat ratifizierte Blankovollmacht zur Durchführung von Repressalien gegen Tunesien beriefen, wichen Regierung und Parlament erneut zurück. Die Forderung nach dem Rücktritt des Kriegsministers wurde einfach fallengelassen. Die Regierung Gaillard überlebte die Folgen der Sakiet-Affäre nicht. Als während der letzten Wochen ihrer Amtszeit stets lauter die Furcht geäußert wurde, die Regierungskrise könne zur Krise des Regimes werden, war das Alarmzeichen gegeben. Mitte April wurde die Regierung Gaillard (zur allgemeinen Ueberraschung) von der Rechten gestürzt, doch die Prozedur zur Bildung einer neuen Regierung spielte sich in den gewohnten Bahnen ab. Man handelte die Ministerposten zwischen den Parteien aus und ließ sich fast vier Wochen Zeit, parteipolitische Ueberlegungen anzustellen. Das Parlament begriff trotz aller warnenden Anzeichen noch immer nicht den Sinn der Warnung.

Das Verhalten zahlreicher politischer Führer, die einer Entscheidung so lange wie möglich ausweichen wollten und es mit keinem verderben wollten, spiegelt sich in der Person von Robert Lacoste deutlich wider. Seine Lage war gewiß recht schwierig und der Fehlschlag seiner Politik immer deutlicher geworden. Doch wie muß es wirken, wenn ein noch im Amt befindlicher Minister für Algerien die Algerien-Franzosen auffordert, Protestkundgebungen gegen die Zentralgewalt und Schritte in Paris zu unternehmen, damit er seinen Ministerposten behalte? Und schließlich tat er noch den verhängnisvollen Ausspruch: „Pflimlin bedeutet ein diplomatisches Dien Bien Phu in Algerien.“

#### *Die Rückwirkungen der Schwächung der Staatsautorität auf den Staatsapparat und die Oberste Verwaltung*

Die festeste und selbstloseste Stütze des französischen Staates, die hohen Staatsbeamten der Verwaltung und der Wirtschaft, die „grands commis“, mußten angesichts der kaum verhüllten Kapitulation von Regierung und Parlament vor den Ereignissen und den zahlreichen „pressure groups“ ebenso jedes Vertrauen verlieren wie weite Teile des Volkes, die sonst die Politik den Politikern überlassen, stets nörgeln, aber ansonsten mit ihren eigenen Problemen beschäftigt sind. Die verantwortlichen Leiter der

französischen Staats- und Wirtschaftsverwaltung mußten überdies zusehen, wie ihnen die Kredite für die elementarsten Erfordernisse gekürzt wurden, sei es auf dem Gebiet des Verkehrswesens, des Wohnungsbaues, des Erziehungswesens, des industriellen Ausbaus oder der Landesverteidigung. Die so auf Kosten der Zukunft und der wirtschaftlichen Stabilität eingesparten Gelder flossen in das Faß ohne Boden: den algerischen Konflikt. Freilich gestand man sich selbst ein, daß die rund 2 Milliarden Francs, die der Krieg täglich verschlang, für eine politische Lösung des Konfliktes zuviel waren, keineswegs aber ausreichten, um die totale militärische Niederwerfung des algerischen Aufstandes gewährleisten zu können<sup>4</sup>.

Die „grands cadres“ der Verwaltung waren es überdies, die auf ihrem Arbeitsgebiet täglich den Zerfall der Staatsautorität erleben mußten, und die französische Diplomatie hatte die undankbare Aufgabe, im Ausland eine Politik rechtfertigen zu müssen, die wie ein steuerloses Schiff auf den Wogen getrieben wurde und nur noch damit beschäftigt schien, den gefährlichsten Klippen auszuweichen. Der Fall Sakiet zeigte dies besonders deutlich.

Die Folge war, daß zahlreiche hervorragende, ihrem Wesen und ihrer Erziehung nach dem Staatswohl treu dienende Beamte von ihren Stellungen zurücktraten. Dies zeigte sich in besonders spektakulärer Form, als die verantwortlichen Leiter des Entwicklungsbüros der französischen Luftwaffe demissionierten, nachdem der Verteidigungsminister die Kredite für die Entwicklung des technisch ausgezeichneten Jägertyps „Trident“ gesperrt hatte und so die bereits aufgewandten beachtlichen Summen praktisch zum Fenster hinausgeworfen waren<sup>5</sup>.

Der Zerfall der Autorität wurde auch auf den unteren Ebenen der Staatsverwaltung an zahlreichen Beispielen sichtbar, von denen die „Belagerung“ der französischen Nationalversammlung durch streikende Pariser Polizisten das beunruhigendste war. Für den 13. März 1958 hatte die Polizei zur Durchsetzung von Lohnforderungen zu einem Warnstreik aufgerufen, und mehrere hundert Polizisten versammelten sich vor der tagenden Kammer. Dabei kam es zu unfreundlichen Äußerungen gegenüber den Parlamentariern. Die eilends herbeigerufene Garde Républicaine weigerte sich, gegen die Polizisten vorzugehen. Sehr bezeichnend war es nun, daß die Regierung gegen die manifestierenden Pariser Polizisten keine Disziplinarmaßnahmen traf, sondern zwei leitende Beamte der Polizeipräfektur absetzte

<sup>4</sup>) Der Abgeordnete der Radikalen und bekannte Jagdflieger der Freien Französischen Streitkräfte des 2. Weltkrieges, Oberst Pierre Clostermann, schilderte in sehr eindringlicher Form das Dilemma der französischen Streitkräfte in Algerien angesichts der nicht ausreichenden militärischen Mittel, die der Armee zur Verfügung gestellt wurden. *Journal Officiel*, Assemblée Nationale, 13. Mai 1958, Seite 2260—2264.

<sup>5</sup>) Gleichfalls trat der Chef des Generalstabes der Luftwaffe, General Bailly, aus Protest gegen die unzureichenden Kredite, die für die Modernisierung der Luftstreitkräfte vorgesehen waren, zurück. Bereits Mitte März 1958 bot der Generalstabschef des Heeres, General Ely, seinen Rücktritt aus ähnlichen Erwägungen an. Siehe Anmerkung 27.



und den Polizeipräfekten seines Postens enthob. Der verantwortliche Minister, Innenminister *Bourguès-Maunoury*, blieb aber im Amt<sup>6</sup>. Regierung und Parla-

ment fühlten sich bereits zu schwach, um den Versuch der Wiederherstellung der Staatsautorität zu unternehmen.

### Die Vorbereitung des Staatsstreichs

Mit der Folgerichtigkeit eines Naturgesetzes wurden die Zügel der Macht, einmal der Hand der verantwortlichen Lenker entglitten, von anderen Händen aufgenommen. Das doppelte Versagen von Parlament und Regierung mußte zwangsläufig zwei Gegenbewegungen hervorrufen: eine „politische“ und eine „militärische“.

#### Die politische Reaktion

In dem Maße, wie deutlich wurde, daß im Parlament keine Lösung der entscheidenden algerischen Frage zu erhoffen war, vollzogen die schärfsten Wortführer der „Algerien-bleibt-französisch“-Politik den Uebergang zur außerparlamentarischen Tätigkeit. Sie gingen von der Erkenntnis aus, daß die ihren Anschauungen ergebenden Fraktionen der Rechten über nicht genug Sitze in der Nationalversammlung verfügten, um eine liberalere Entwicklung der Algerien-Politik auf die Dauer verhindern zu können. Von der Vorstellung besessen, eine Linksmehrheit könne eines Tages — unter dem Druck der westlichen Verbündeten und eines aussichtslosen Kleinkrieges überdrüssig — Algerien „verraten“, suchten sie nach einer Möglichkeit, ein solches Votum der Nationalversammlung, wenn nicht legal, dann eben gewaltsam, zu verhindern. Da sie nicht bereit waren, die parlamentarischen Regeln einzuhalten, wenn sie sich zu ihren Ungunsten auswirkten, mußten sie den Weg der „Verschwörung“ gehen.

Von den verschiedenen Gruppen und Vereinigungen, die besonders seit dem Frühjahr 1956, nach den Parlamentswahlen (die eine Mehrheit für eine friedliche Algerien-Politik gebracht hatten), von sich reden machten<sup>7</sup>, sollte sich die *Union pour le Salut et le Renouveau de l'Algérie française* (USRAF) als die schlagkräftigste erweisen und schließlich die anderen Gruppen aufsaugen. Aus fast sentimental anmutenden Ursprüngen — der Gründer der Bewegung, Jacques *Soustelle*, konnte die Begeisterungstürme der Europäer Algiers nicht vergessen, die ihn nach seiner Ablösung als Generalgouverneur durch die Re-

gierung *Mollet* mit Gewalt daran hindern wollten, das Land zu verlassen — entwickelte sich die USRAF im Laufe von zwei Jahren zu einer gut ausgebauten, halb öffentlich, halb im Untergrund arbeitenden Organisation. Der zwiespältige Charakter, der erst durch den Staatsstreich in Algier aufgedeckt wurde, entsprach dem doppelten Ziel dieser „Erneuerungs- und Wohlfahrtbewegung“: Beeinflussung der Öffentlichkeit und des Parlamentes im Sinne der nationalistischen Durchhaltethesen und der totalen Kriegsführung gegen die algerischen Rebellen sowie Unterwanderung der staatlichen Stellen und Aufbau eines Apparates, der am „Tage X“ in der Lage sein sollte, die Macht im Staate zu übernehmen.

Dem „öffentlichen“ Teil dieses Programms war insofern Erfolg beschieden, als der gepredigte Nationalismus und dessen äußere Komponente, der Antiamerikanismus, Parlament und Regierung daran hinderten, eine liberale Wendung in der Algerien-Frage vorzunehmen und die Vermittlungsvorschläge der westlichen Verbündeten zu akzeptieren. Die Regierungen *Bourguès-Maunoury* und *Gaillard* wurden gestürzt, als sie sich auf diesem Wege vorwagten. Den Wortführern einer reaktionären Algerien-Politik, neben *Soustelle* vor allem *Georges Bidault* und der wegen seiner zweifelhaften Rolle während der deutschen Besetzung im Jahre 1944 heftig angegriffene Verteidigungsminister im Kabinett *Bourguès-Maunoury*, *André Morice*, gab diese Kampagne der USRAF und anderer Gruppen im Parlament ein Gewicht, das in keinem Verhältnis zu der Zahl der ihnen ergebenden Abgeordneten stand. Neben diesem gut funktionierenden parlamentarischen Sperriegel taten einige nationalistische Grüppchen, wie die pseudo-faschistischen „Kommandos“ des Bonaparte-Bewunderers *Biaggi* und die politischen „Halbstarken“ unter Führung junger Abgeordneter<sup>8</sup>, ein übriges, um den Eindruck zu erwecken, daß die Mehrheit der französischen Bevölkerung den Thesen dieser sogenannten „Ultras“ anhing, wobei der verschwindend geringe Anhang dieser Partei (3000 Stimmen bei der

<sup>6</sup>) Der Präfekt der Polizei, *Lahilonne*, wurde durch den Super-Präfekten von Constantine/Algerien, *Maurice Papon*, ersetzt. Der Leiter der Pariser Stadtpolizei, *Roches*, und der Leiter des Services des Renseignements Généraux der Präfektur, *Perez y Jorba*, wurden abgesetzt. *Roches* wurde insbesondere vorgeworfen, daß er sich von seinen Polizisten habe ohrfeigen lassen, als er die Manifestation vor der Nationalversammlung hatte verhindern wollen.

<sup>7</sup>) Von den Parteien und den Zeitungen der Rechten und der äußersten Rechten (Radikale Dissidenten unter *André Morice*, Sozialrepublikaner unter *Soustelle*, der von *Duchet* geführte Flügel der Unabhängigen Partei, Poujadisten usw.) wurden ebenfalls „Algerien-bleibt-französisch“-Kampagnen geführt; einige Frontkämpfer-Verbände (ehemalige Indochina-

Kämpfer, ehemalige Fallschirmjäger usw.) traten besonders durch laute Demonstrationen an die Öffentlichkeit.

<sup>8</sup>) Die poujadistischen Abgeordneten *Le Pen* und *Demarquet*, beides ehemalige Fallschirmjäger, bildeten gleichfalls „Stoßtrupps“, welche die Versammlungen gegen die Fortführung des Algerien-Krieges störten, die Sprecher der Linken zusammenschlugen und die politische Auseinandersetzung nur noch mit dem Argument der Faust zu führen trachteten. Mit ihnen zusammen wirkte der ehemalige Polizeikommissar *Dides*, jetzt rechtsextremer Abgeordneter, der noch nach seinem Ausscheiden ein Geheimnetz innerhalb der Polizei aufrechterhielt und zu dem Aufruhr der Pariser Polizei vor dem Parlamentsgebäude am 13. März 1958 beitrug.



letzten Pariser Nachwahl zur Nationalversammlung im Frühjahr 1958) durch möglichst großen Lärm wettgemacht wurde.

Wenn der Inspirator dieser nationalistischen Reaktion, der mit seiner Schwenkung von der äußersten Linken (Volksfront 1936) zur äußersten Rechten in der französischen Geschichte durchaus nicht allein stehende Jacques Soustelle, auch hoffen konnte, den „Verrat“ Algeriens durch die Volksvertretung noch verhindern zu können, so baute er doch weit mehr auf die Untergrundarbeit auf den unteren Ebenen des Behördenapparates. Das eigentliche Gehirn dieser Verschwörung war der Industrielle René Dumont. Ihm gelang es, der USRAF zwei im Mutterland operierende „Netze“ dienstbar zu machen: den ehemaligen Geheimdienst des „Freien Frankreichs“ der Widerstandsbewegung, dessen Leiter Jacques Soustelle gewesen war, und die „Sturmtruppen“ der Sammlungsbewegung de Gaulles (Rassemblement du Peuple Français, RPF, gegründet nach dem Kriege), von denen sich *de Gaulle* aber sehr schnell distanziert hatte. Durch eine Reihe von Mittelsmännern war auch die Verbindung zu anderen Kreisen hergestellt, welche die offizielle französische Politik zu sabotieren suchten<sup>9</sup>.

Die Wirkungsmöglichkeiten im Mutterland waren jedoch zu gering und die Mittel zur Finanzierung der Wahl- und Beeinflussungskampagne zu beschränkt, als daß ein „Gegenstaat“ hätte aufgebaut werden können. In Algerien dagegen böten sich diese Möglichkeiten von selbst an: ein aus den Abgaben der französischen Großgrundbesitzer und Industriellen gespeister Fonds (auf mehr als 30 Millionen DM geschätzt), eine einflußreiche Presse und eine Organisation, die alle „Ultras“ zusammenfaßte und imstande war, die Masse der europäischen Bevölkerung — allein in der Stadt Algier 400 000 — für politische Demonstrationen auf die Straße zu bringen. Der 6. Februar 1956, als Ministerpräsident Mollet vor dem Druck der Manifestanten zurückwich und seine Algerien-Politik radikal änderte, hatte die Wirksamkeit dieser Methoden erwiesen.

Um der USRAF diese ideale Plattform zu sichern, mußte Soustelle allerdings mit denen zusammengehen, die er unter General *de Gaulle* auf das schärfste bekämpft hatte: mit den ehemaligen Pétainisten und Vichy-Anhängern, die — von der Säuberung der Nachkriegszeit vielfach verschont — ihren Einfluß in Nordafrika aufrechterhalten hatten. Die zentrale Figur war hier der Direktor der Zeitung

*L'Echo d'Alger*, Graf Alain de Sérigny, der die Subventionen der algerischen Lobby verwaltete.

Seit dem Herbst 1957, in dem die Vereinigung mit der algerischen Bewegung stattfand, läßt sich eine deutliche Parallelität zwischen den Aktionen in Paris und in Algier feststellen. Jedesmal, wenn es galt, Maßnahmen der Regierung in der Algerien-Frage zu verhindern, wurde die Demonstrationsmaschine in Algier in Bewegung gesetzt, während die Vertreter der „Ultras“ im Parlament mit dem Hinweis auf die Stimmung in Algerien die Abgeordneten und die Regierung unter Druck setzten.

Der Kontakt zwischen Algier und Paris, den Soustelle selbst herstellte — er erlaubte ihm, eine Schiedsrichterrolle zu spielen und seinen Einfluß zu festigen —, beschleunigte die Entwicklung. Im Gegensatz zur Tätigkeit der USRAF im Mutterland hatten die algerischen Verschwörer bereits zweimal einen offenen Staatsstreich versucht, der schon deshalb scheitern mußte, weil die Anstifter — die Mitglieder des geheimen „Komitees der Sechs“ — nicht über die notwendigen Verbindungen verfügten, um auch in Paris eine Aktion auslösen zu können. Im Herbst 1956 sollte der Militärbefehlshaber in Algerien, General *Salan*, durch ein Attentat mit einer Panzerfaust beseitigt und durch den General *Cogny* ersetzt werden, von dem man annahm, er würde sich dann der Verschwörung anschließen. Das Attentat tötete den Adjutanten *Salans*, er selbst blieb unverletzt. Das „Komitee der Sechs“ hatte jedoch bereits vorher in der Person des Generals *Faure* einen Mann gefunden, der bereit war, die Regierungsgewalt in Algier zu stürzen und die Armee auf seine Seite zu bringen. Die Staatsstreichpläne wurden aber aufgedeckt, General *Faure* mit Festungshaft bestraft und anschließend nach Deutschland versetzt.

Das Zusammengehen mit der USRAF bot der heimlichen „Gegenregierung“ eine neue Chance, dies um so mehr, als die verantwortlichen Minister in Paris, obwohl von den Staatsstreichplänen unterrichtet, nicht energisch einschritten und die bereits verhafteten Mitglieder der Verschwörung wieder auf freien Fuß setzten<sup>10</sup>.

Die Haltung des Ministers für Algerien, des Sozialisten Robert Lacoste, trug weiterhin unbeabsichtigt zur Stärkung der Bewegung bei. Lacoste, der es in den 27 Monaten seiner Amtszeit geschehen ließ, daß seine eigenen Dienststellen in Algier in die Hände der „Ultras“ gerieten und deren Befehle befolgten, forderte nach jedem Regierungssturz in Paris die Konspiratoren auf, die europäische Bevölkerung für

<sup>9</sup>) Neben dem Interessenverband der aus Marokko und Tunesien vertriebenen und zurückgekehrten Franzosen, der „Présence Française“, die heftige Propagandakampagnen gegen diese Länder führte, zählte hierzu die UFNA (Union Française Nordafricaine) des algerischen Großgrundbesitzers Robert Martel mit ihrem Netz von Agenten und Agitatoren im Mutterland. Diese Gruppe wurde geleitet von dem in Paris sitzenden

„Komitee der Sechs“, über welches auch die Verbindungen zur USRAF Soustelles liefen. Die USRAF erreichte die Zahl von 10 000 aktiven Mitgliedern und verfügte überdies über den Apparat der Sozialrepublikanischen Partei (ehemalige Sammlungsbewegung von *de Gaulle*, aus der sich der General bereits vor sechs Jahren zurückgezogen hat).

<sup>10</sup>) Anmerkung 10 s. folgende Seite.



sein Verbleiben als Algerien-Minister manifestieren zu lassen<sup>11</sup>.

Hatten sich die Verschwörer, dank *Soustelle*, einen starken Rückhalt in Kreisen des Parlamentes und der Verwaltung des Mutterlandes und dank *de Sérigny* die Sympathie der französischen Algerier und zumindest die stillschweigende Billigung, wenn auch nicht die aktive Mitarbeit der algerischen Behörden gesichert, so fehlte ihnen jedoch noch die Macht, ohne die eine Uebernahme der Regierungsgewalt weder im Mutterland noch in Algerien möglich war: die Armee. Die Unterstützung durch die Armee war um so notwendiger, als dieser bereits im Januar 1957 alle Polizeigewalt und die Sondervollmachten zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Algerien übertragen worden waren.

### Die militärische Reaktion

Seit mehr als zweieinhalb Jahren steht der größte Teil der kampffähigen französischen Truppeneinheiten, 480 000 Mann, in Nordafrika, während im Mutterland hauptsächlich Nachschub- und Ausbildungseinheiten verblieben und weitere Teile der französischen Armee in Deutschland stationiert sind. Das Gewicht dieser militärischen Konzentration ist um so größer, als es sich hier nicht mehr, wie im Indochina-Feldzug, um ein aus Berufssoldaten gebildetes Expeditionskorps handelt, sondern um das „Kontingent“, die wehrpflichtigen Jahrgänge mit 27 Monaten Dienstzeit.

Der Verfall der Staatsautorität und die Unentschlossenheit der aufeinanderfolgenden Pariser Regierungen mußten auf die Militärs — und, wenn auch naturgemäß weniger sichtbar, auf die Diplomaten — empfindlicher wirken als auf die anderen Staatsdiener. Die Armeeführung stand schon in Indochina der unlösbaren Aufgabe gegenüber, einen Krieg zu gewinnen, dem die Politiker keinen Sinn und Zweck zu geben wußten und zu dessen Führung den Militärs die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung gestellt wurden. Eine ähnliche Situation sollte sich in Algerien wiederholen. Zu einer politischen Lösung des Konfliktes unfähig, schickte die Regierung die kampfkraftige französische Armee in einen aufreibenden Guerillakrieg, versagte ihr jedoch die notwendige operative Basis und die erforderlichen Ausrüstungs- und Mann-

schaftsstärken und vereitelte die erfolgversprechenden Ansätze zur Umrüstung. Weiterhin mußte die Armee Polizeiaufgaben übernehmen, und die Armeeführung wurde mit der Verantwortung für die hierbei auftretenden Exzesse belastet.

Unter diesen Umständen war es verständlich, daß die Verbitterung des Offizierkorps gegenüber den Politikern immer weiter um sich griff und der Verdacht bestärkt wurde, die Armee werde, wie in Indochina, letzten Endes wieder zum Sündenbock gestempelt werden. Dieser Zustand des „Unbehagens der Armee“ — wie er in Frankreich bald genannt wurde — führte zu einem doppelten Gegensatz innerhalb der militärischen Hierarchie: zwischen den jüngeren Offizieren und der Generalität, der vorgeworfen wurde, die Interessen der Armee in Paris nicht energisch genug zu vertreten, und zwischen den Einheiten des „Kontingentes“ aller drei Waffengattungen und den gut ausgerüsteten Elitetruppen, insbesondere den Fallschirmjägern, die vorwiegend aus Freiwilligen bestehen und die, an allen Brennpunkten eingesetzt, praktisch die Last der militärischen Operationen zu tragen haben.

Im Laufe der letzten Jahre wurde deutlich, daß einige aus dem Kreis der kampfgeprobten Obersten hervorgegangene Generale nicht länger bereit waren, dem inneren Auseinanderbrechen der Armee tatenlos zuzuschauen<sup>12</sup>. Es blieben dies jedoch Einzelercheinungen, und selbst der mißglückte Putschversuch des Generals *Faure* in Algerien zeigte, daß sich die Militärs in ihrer Gesamtheit aus der Politik heraushielten, auch wenn die Kritik an der Armeeführung wuchs und sich besonders auf den Oberbefehlshaber in Algerien, General *Salan*, konzentrierte.

Es waren die Politiker selbst, welche die Militärs auf den Weg der Politik stießen, indem sie ihnen, wie schon erwähnt, alle Polizei- und Verwaltungsbefugnisse zur Niederwerfung des muselmanischen Terrorismus in den Städten übertrugen. Diese Aufgabe fiel nun gerade den Fallschirmjägern zu, und ihre Kommandanten erhielten so eine weitaus größere Machtfülle, als sie jemals ein Präfekt ausgeübt hat. Von der Möglichkeit, praktisch unumschränkt bestimmen zu können, machten sie sofort Gebrauch. Sie überzogen ganz Algerien mit zwei dichten Netzen,

<sup>10</sup> Die Anstifter des Attentats auf General *Salan*, Mitglieder des „Komitees der Sechs“ und Verbindungsmänner zur UFNA, wurden nach einer Woche Haft wieder freigelassen, nachdem der Innenminister der Regierung *Gaillard*, *Bourges-Maumoury*, es abgelehnt hatte, ein Verfahren eröffnen zu lassen, und der Verteidigungsminister, *Chaban-Delmas*, keine Sanktionen gegen die hohen Offiziere ergriff, die in das Komplott verwickelt waren. Der Fall wurde dem Militärgericht in Algier übertragen und soll in Kürze verhandelt werden. Die eigentliche „Affäre“ wurde von einflußreichen Politikern der Rechten niedergeschlagen und als ein Ablenkungsmanöver der Kommunisten hingestellt.

<sup>11</sup> Robert *Lacoste* ließ die meisten dieser Manifestationen „bestellen“, um seine Sozialistische Partei unter Druck setzen und sich selbst den Posten des Algerien-Ministers er-

halten zu können als dem Mann, dem es allein möglich sei, die Unzufriedenheit der europäischen Bevölkerung Algeriens einzudämmen. Da er hierbei auf die Unterstützung von *de Sérigny* und der Interessenverbände der „Ultras“ angewiesen war, begab er sich praktisch in deren Hände und verlor jede Autorität über sie. So gelang es ihm u. a., mit Hilfe einer Pressekampagne die Arbeit einer von der Radikalen Partei eingesetzten Untersuchungskommission über die Torturen in Algier zu sabotieren.

<sup>12</sup> An drei „Affären“ wurde diese Einstellung deutlich: dem Putschversuch des Generals *Faure*, dem offenen Protest des Generals *Paris de la Bollardière* gegen die der Armee übertragenen „Polizeiaufgaben“ in Algerien und der Initiative des Generals *Dufourt*, der sich gegen den politischen Favoritismus bei der Beförderung der höheren Offiziere wandte.



die sowohl der militärischen wie der zivilen Autorität des Ministers entzogen waren. Hierbei handelte es sich einmal um die sogenannten „städtischen Polizeigruppen“, bewaffnete, von europäischen Bewohnern gebildete Kader, die nach Zerschlagung der muselmanischen Terrorgruppen die Aufgaben der Fallschirmtruppen übernahmen, jedoch sehr schnell zu einer politischen Miliz im Dienste der „Ultras“ wurden. Zum zweiten handelte es sich um die Organisation zur Ueberwachung der Muselmanen, die von ehemaligen Aufständischen gebildet und nach dem Prinzip der Ortsgruppen und Hauszellen aufgestellt worden war. Sie sollten die Unterwanderung der muselmanischen Bevölkerung durch Agitatoren der Aufständischen verhindern und gleichzeitig die städtische muselmanische Bevölkerung für profranzösische Demonstrationen gewinnen.

Diese Machtfülle der Obersten einiger Eliteregimenter, die ihren Einfluß auch dann noch ausübten, als sie mit ihren Truppen an die Front zurückgekehrt waren oder nach Auseinandersetzungen mit dem Oberkommando versetzt wurden<sup>13</sup>, vertiefte den Bruch in der Armee und in ihrer Führung. Während in der Armee von den Fallschirmjägern als von einer „vierten“ Waffengattung gesprochen wurde, standen sich in der Führung der Armee zwei Gruppen gegenüber: die „Strategen“, die Mehrzahl der Generale, die den Krieg gegen die Aufständischen nach rein militärischen Gesichtspunkten führen wollten, und die „Haudegen“, wie beispielsweise der General der Fallschirmjäger *Massu* und viele Regimentskommandeure, die den Kampf auf politischem und psychologischem Gebiet gleichfalls führen und die Aufständischen mit ihren eigenen Waffen schlagen wollen.

Die letzte Gruppe wurde so unweigerlich in die algerische Interessenpolitik hineingezogen. Die Vertreter der „Ultras“ sahen sich jedoch in ihrer Erwartung enttäuscht, auch die Armee-Einheiten für ihre Sache gewinnen zu können. Die Fallschirmjäger waren sich mit den anderen Truppenteilen durchaus einig in der Beurteilung der herrschenden Schicht von Großgrundbesitzern, deren Besitzungen sie vor den Fellaghas zu schützen hatten. Sie wollten keinen

Krieg führen für die Aufrechterhaltung der Privilegien einer kleinen Schicht von Franzosen<sup>14</sup>, und mangels eines echten, vom Mutterland verkündeten Kriegsziels entwickelten sie einen Gedanken, der in schroffem Widerspruch zu dem Programm der „Ultras“ stand: die völlige politische und rechtliche Gleichheit von Europäern und Muselmanen, gerechte Verteilung des Grundbesitzes und der Reichtümer (Integration der beiden Bevölkerungsteile) und einheitliches Wahlkollegium mit gleichem Wahlrecht.

Trotz intensiver Bemühungen gelang es der USRAF und der Lobby in Algier nicht, die Armee für die Ziele der Bewegung zu gewinnen. Erst als der Verteidigungsminister der Regierung Gaillard, Jacques *Chaban-Delmas*, auf Drängen *Soustelles* seinen Kabinettschef, *Léon Delbecque*, als Vertreter des Verteidigungsministers nach Algier schickte, konnten auf offiziellem Wege bei einigen höheren Dienstgraden Sympathien für eine offene Aktion erweckt werden<sup>15</sup>.

In dieser Situation erfolgte Ende April der von Algerien aus und durch die parlamentarischen Mittelsmänner geförderte Sturz der Regierung Gaillard, der den von den „Ultras“ und der USRAF gleichermaßen gefürchteten Tag X in greifbare Nähe rückte.

#### Der „Staatsstreich“ wird in Szene gesetzt

Wie vorauszusehen gewesen war, gelang es der von der USRAF gestützten „kolonialistischen“ Rechten im Parlament in der Tat nicht, eine Mehrheit in der Nationalversammlung zu finden. Der Versuch von Georges *Bidault*, eine „Wohlfahrtsregierung“ mit Jacques *Soustelle* und André *Morice* und weiteren den „Ultras“ genehmen Politikern zu bilden, scheiterte.

Nachdem die Krise zwei Wochen gedauert hatte, schien der Volksrepublikaner Pierre *Pflimlin* Aussicht zu haben, die Investitur der Nationalversammlung zu erhalten. Er hatte eine liberale Wendung und Verhandlungen nicht nur mit Tunesien und Marokko, sondern auch „mit denen, die kämpften“, d. h. den Aufständischen in Algerien, angekündigt. Gleichzeitig sagte sich die Sozialistische Partei —

<sup>13</sup>) Der Oberst *Bigeard*, der heftigste Verfechter der „totalen“ psychologischen Kriegführung gegen die Fellaghas, war zum Generalstab in Paris versetzt worden und mußte sein Fallschirm-Eliteregiment abgeben. Der eigentliche Schöpfer der europäischen Milizen und der Territorialverbände (aus europäischen Siedlern zur Unterstützung der Armee gebildet und zur sofortigen Mobilisierung bereit), Oberst *Trinquier*, wurde nach Pau geschickt.

<sup>14</sup>) General *Massu* wandte sich in den letzten Monaten mehrmals scharf gegen *de Séigny* und seine politischen Mittelsmänner. Die sich besonders laut gebärdenden Studenten der Universität Algier unter der Führung des ehemaligen Fallschirmjäger-Offiziers *Lagaillarde* wollte er zum Militärdienst einziehen lassen, konnte sich jedoch infolge der starken politischen Rückendeckung, welche diese und andere „patriotische“, im „Wachsamkeits-Komitee“ zusammengefaßten Vereinigungen besaßen, nicht durchsetzen. *Massu* galt als ein „republikanischer“ General; noch im September 1957 ließ er einen Streik

der ehemaligen Frontkämpfer gegen das Rahmengesetz für Algerien durch seine Fallschirmjäger rücksichtslos niederschlagen.

<sup>15</sup>) *Léon Delbecque*, Industrieller und führendes Mitglied der ehemaligen gaullistischen Sammlungsbewegung (RPF) und späteren Sozialrepublikanischen Partei, hatte bereits im Sommer 1956 als Offizier vergeblich versucht, seine Kameraden in Algerien für die Ziele der USRAF zu gewinnen. Als Kabinettschef des Verteidigungsministers *Chaban-Delmas* (gleichfalls einer der Führer der Sozialrepublikaner), wurde er von jenem zu seinem offiziellen Vertreter beim Oberkommando in Algier ernannt. In dieser Funktion gelang es ihm, einige höhere Beamte und Offiziere zu „bekehren“. Ein erster Erfolg zeigte sich, als eine Demonstration der ehemaligen Frontkämpfer in Algier, trotz des Verbotes durch Minister *Lacoste*, mit Unterstützung des Generals *Allard*, der Obersten *Trinquier* und *Godard* und des Präfekten von Algier, *Baret*, durchgeführt werden konnte.



wenn auch in indirekter Form — von ihrer bisherigen Algerien-Politik los.

Die Führer der Reaktion beschlossen nun, zu der für diesen Fall sorgsam vorbereiteten Aktion überzugehen. Die Einsetzung der Regierung *Pflimlin* sollte mit allen Mitteln, mit Manifestationen in Paris, Massendemonstrationen in Algerien und durch Einschüchterung der Parlamentarier durch die Androhung offener Gewalt, verhindert werden. Nach dem erhofften Erfolg der Aktion sollte eine „Wohlfahrtsregierung“ unter *Soustelle*, *Bidault*, *Morice* und auch wohl *Lacoste* gebildet werden.

Da dieser Plan jedoch nicht ausgeführt werden konnte ohne die Unterstützung der Armee in Algerien — im Mutterland selbst waren zwar einige höhere Offiziere, nicht aber ganze militärische Einheiten gewonnen worden —, wurden deren Führer mit dem Argument unter Druck gesetzt, eine Regierung *Pflimlin* würde einen schmachvollen Verhandlungsfrieden schließen und die Armee zum Sündenbock für den verlorenen Krieg machen. Eine Anzahl von Truppenführern wurde so dazu gebracht, sich dem Komplott anzuschließen<sup>16</sup>. Der Oberbefehlshaber

in Algerien, General *Salan*, versicherte zwar am 11. Mai dem designierten Ministerpräsidenten *Pflimlin* auf dessen Anfrage nach der Loyalität der Armee, daß die Armee hinter der Regierung stehe, ohne sich indes der Tatsache bewußt zu sein, daß von Paris aus der noch amtierende Verteidigungsminister *Chaban-Delmas*, und in Algier sein Beauftragter, Léon *Delbecque*, bereits die militärischen Vorbereitungen zur Bildung einer „Wohlfahrtsregierung“ getroffen hatten<sup>17</sup> und daß zwei Tage vorher das Szenario bereits von Algerienminister *Lacoste* und Vertretern aller vier Waffengattungen und der „Ultras“ festgelegt worden war<sup>18</sup>.

Am 13. Mai, dem Tag, an dem sich Pierre *Pflimlin* der Nationalversammlung zur Investitur vorstellte, war so alles zum Losschlagen bereit, und alle möglichen Widerstände waren ausgeschaltet<sup>19</sup>. Die politischen Verschwörer waren ihres Sieges sicher, weil sie von der Niederlage *Pflimlins* im Parlament überzeugt waren und auf die dadurch in Paris ausgelöste Verwirrung bauten, um 24 Stunden nach dem Umsturz in Algier auch im Mutterland zur Aktion übergehen und die Einsetzung der „Regierung des nationalen Wohls“ erzwingen zu können.

## Der offene Konflikt zwischen dem französischen Mutterland und Algerien

### Das Scheitern des Aktionsplans in Algier und seine Folgen

Während in Paris die Debatte der Nationalversammlung über die Investitur der Regierung *Pflimlin* begann, lief in Algier und in den anderen Großstädten Algeriens der erste Teil des „Programms“

planmäßig ab. Der äußere Anlaß der unter Beteiligung von fast 100 000 Algerien-Franzosen stattfindenden Kundgebung, die Ehrung von drei von der FLN erschossenen französischen Soldaten<sup>20</sup>, gab der Erbitterung der zivilen Kreise wie der Militärs gegenüber der bisherigen Pariser Politik neue Nahrung. Die

<sup>16</sup>) Verteidigungsminister *Chaban-Delmas* ließ eine Reihe von Generalen, deren Sympathien für die Ziele *Soustelles* er sicher zu sein glaubte, nach Algerien versetzen. Die Wehrpflichtigen aus dem Mutterland (etwa 400 000 von insgesamt 450 000 Mann in Nordafrika) blieben dieser politischen Einflußnahme gegenüber passiv, während ein großer Teil der Berufsoffiziere, insbesondere bei den Elitetruppen, mit dem Argument gewonnen wurde, die Ehre der Armee stehe auf dem Spiel, wenn die Regierung *Pflimlin* investiert würde. So ließ sich auch General *Massu* schließlich durch die Behauptung von *Lacoste* überzeugen, *Pflimlin* bereite „ein diplomatisches Dien Bien Phu“ vor. Bezeichnend für die Haltung einiger Truppenführer war eine Order des Kommandeurs der 29. Infanterie-Division, General *de Winter*, vom 12. Mai 1958, in der er vor der „tödlichen Gefahr“ der von *Pflimlin* angekündigten Verhandlungspolitik warnte und die ihm unterstellten Offiziere und Soldaten aufforderte, gegen diesen „Verrat“ Stellung zu nehmen.

<sup>17</sup>) Der Oberbefehlshaber *Salan* war nach dem auf ihn verübten Attentat nicht gegen die mehr politischen als militärischen Tätigkeiten einiger seiner Untergebenen und ihrer Einheiten eingeschritten. In die Querverbindungen, die über *Delbecque* zwischen dem Verteidigungsministerium und den Obersten von mindestens zwei Fallschirmregimentern bestanden, war er ebenso wenig eingeweiht wie in die Absprachen zwischen diesen Truppenführern und dem politischen Verschwörerkreis in Algier. Auch General *Massu*, dem die Fallschirmtruppen direkt unterstanden, gehörte, obwohl jetzt zum Mitgehen bereit, nicht zu diesem Kreis. Die eigentliche Polizeigewalt hatte er nach der Niederschlagung des Terrorismus in Algier an den Obersten *Codard* abgegeben. Der Befehl an das 3. Kolonial-Fallschirmregiment, sich von der tunesischen Grenze nach Algier in Marsch zu setzen, war am 11. Mai direkt

vom Verteidigungsminister erteilt worden, der bereits vorher den Obersten *Trinquier* aus Pau zurückberufen und an die Spitze dieses Regiments gestellt hatte.

<sup>18</sup>) Wie *Massu* hatte auch *Salan* das Prinzip einer patriotischen Massenkundgebung der Algerien-Franzosen gebilligt, beide hatten, wie die Befehlshaber der Marine und der Luftwaffe, ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung, durch die das Pariser Parlament eingeschüchtert und zur Ablehnung der Kandidatur *Pflimlins* bewegt werden sollte, zugesagt. Was die Generale nicht wußten, war, daß am 11. Mai in einer Villa in einem Vorort Algiers in einer Zusammenkunft von *Lacoste* mit den politischen Rädelsführern und Vertretern aller vier Waffengattungen der „Aktionsplan“ für diesen 13. Mai in allen Einzelheiten festgelegt worden war.

<sup>19</sup>) Diese Aktion sah folgendes vor und wurde am Nachmittag des 13. Mai auch entsprechend in Szene gesetzt: Algerienminister *Lacoste* verließ Algier und ließ seine Verwaltung ohne Anweisungen zurück. Die Polizei unter dem Präfekten *Baret* würde gegen die Kundgebung nicht einschreiten, irgendwelcher Widerstand würde durch das inzwischen in der Stadt eingetroffene Regiment *Trinquier* im Keime erstickt werden. *Delbecque* sollte die im „Wachsamkeits-Komitee“ zusammengefaßten Verbände, Oberst *Codard* die europäischen Milizen und gegebenenfalls auch durch seine Kader-Organisation die muslimische Bevölkerung mobilisieren. In den anderen großen Städten Algeriens war ebenfalls alles für eine gleichzeitige Aktion vorbereitet worden. Als „Zweigstellen“ der dann in Paris auszurufenden „Nationalen Wohlfahrtsregierung“ sollten überall in Algerien — und im Mutterland — „Wohlfahrtsausschüsse“, so genannt in Anlehnung an die revolutionären Vorbilder von 1789 und 1870, die zivile Macht übernehmen.

<sup>20</sup>) Anmerkung 20 s. folgende Seite.



Organisatoren dieser eindrucksvollen Demonstration warteten nun auf die Nachricht von der Niederlage *Pflimlins*, um sodann den zweiten Teil des Plans in Paris durchführen zu können. Da ereignete sich jedoch ein Zwischenfall, der das gesamte so sorgfältig eingefädelte Komplott in Frage stellte: Die Menge der Manifestanten in Algier verlief sich bereits, als eine Gruppe von 300 bis 400 Studenten unter ihrem Anführer *Lagailarde* den Sitz des Algerienministers, das Algier überragende Hochhaus des ehemaligen Generalgouvernements, stürmte. Hierbei wurden die Studenten von den Fallschirmjägern des Obersten *Trinquier* unterstützt, der die wachstehende Kompanie der Sicherheitspolizei zum Abzug bewog. Eine Stunde später war auch der Rundfunksender von Algier besetzt, wiederum mit Hilfe der Fallschirmjäger. Wenn auch der junge Hitzkopf *Lagailarde*, der eigentliche Inspirator dieses Handstreiches, in die Einzelheiten des „Aktionsplans“ offensichtlich nicht eingeweiht war, so bleibt doch unklar, warum Oberst *Trinquier* die von den Verschwörern getroffene Vereinbarung brach und auf eigene Faust dem Handstreich der Studenten zum Erfolg verhalf<sup>21</sup>.

Das Haupt der Konspiration, *Soustelle*, war nicht weniger überrascht und entsetzt als der Oberbefehlshaber *Salan* und General *Massu*, die zunächst entschlossen schienen, gegen die Aufrührer mit Gewalt vorzugehen, sich dann aber, als der noch amtierende Ministerpräsident *Gaillard* von Gewaltanwendung abriet, von der „Bewegung des 13. Mai“ mitreißen ließen<sup>22</sup>.

<sup>20</sup>) Als die Algerische Nationale Befreiungsarmee (ALN) am 30. April drei in Gefangenschaft geratene französische Soldaten erschießen ließ, wurde Paris von den Armeekreisen zum großen Teil dafür verantwortlich gemacht. Die ALN hatte das französische Oberkommando in Algier mehrfach wissen lassen, sie würde Repressalien ergreifen, wenn die gefangengenommenen Aufständischen weiterhin wie gemeine Verbrecher behandelt und — in vielen Fällen mit dem Tode — bestraft würden. Die Regierungen in Paris hatten es jedoch aus politischen Gründen stets abgelehnt, die ALN als kriegführende Macht zu betrachten.

<sup>21</sup>) Während der Kundgebung zu Ehren der drei französischen Soldaten hatten die Studenten bereits versucht, die Menge mit dem Ruf „Auf zum Generalgouvernement“ mitzureißen, waren aber von den Fallschirmjägern zum Schweigen gebracht worden. Die algerische Bevölkerung wurde von dem Handstreich völlig überrascht, fand sich dann aber in großer Zahl auf dem „Forum“ vor dem Regierungsgebäude, Sitz des Algerienministeriums, ein, um den weiteren Verlauf der Dinge zu erfahren.

<sup>22</sup>) *Salan*, der während der Kundgebung mit Schmährufen bedacht worden war, *Massu* und die Befehlshaber der anderen Wehrmachtsteile begaben sich zum Generalgouvernement, um die revolutionäre Bewegung in die Hand zu bekommen. *Salan* hatte sofort nach dem Ausbruch der Revolte telefonisch bei dem noch amtierenden Ministerpräsidenten *Gaillard* angefragt, ob er gegen die Aufrührer vorgehen solle, zugleich aber erklärt, er sei nicht sicher, ob ihm alle Truppen gehorchen würden. Auf Anraten von *Lacoste* gab *Gaillard* den Schießbefehl nicht.

*Massu* setzte es in dem nun gebildeten „Wohlfahrtsausschuß“ durch, *Salan* mit der höchsten zivilen und militärischen Gewalt in Algerien zu betrauen. Er selbst ließ sich zum Vorsitzenden des Ausschusses wählen, um so die Verbindung zwischen der Armee und der „Gegenregierung“ aufrechtzuerhalten und der

Die eigentlichen Männer des Staatsstreiches sahen sich einer peinlichen Lage gegenüber: ihre Karten waren vorzeitig aufgedeckt und der Erfolg der gesamten Operation in Frage gestellt. Sie konnten weder zurück, noch konnten sie gegen die Fallschirmtruppen im Hochhaus des Algerienministeriums vorgehen, denn sie waren auf die Unterstützung durch die Fallschirmjäger angewiesen. So überstürzten sie die Einsetzung des „Wohlfahrtsausschusses“ in Algier und ähnlicher Ausschüsse im ganzen Land, wobei sie den Anstiftern des Handstreiches bei deren Besetzung eine weitaus größere Rolle zugestehen mußten, als ursprünglich vorgesehen war<sup>23</sup>.

Durch ein energisches Eingreifen der noch für einige Stunden im Amt befindlichen Regierung *Gaillard* hätte der Aufstand in Algier vielleicht noch im Keime erstickt werden können. Der noch in der Nacht des 13. Mai vom Parlament unter der Schockwirkung der Ereignisse in Algier mit großer Mehrheit eingesetzten Regierung *Pflimlin* konnte dies aber nur viel schwerer gelingen<sup>24</sup>, denn sie hatte von vornherein die Armee nicht für sich und konnte nicht darauf bauen, daß sich die Generale, die bereits die Kontrolle über einige ihrer Einheiten verloren hatten, für eine Politik einsetzen würden, die sie offen mißbilligten.

Der Handstreich in Algier hatte bewirkt, daß *Pflimlin* nun entgegen allen Erwartungen der Verschwörer die Regierungsgewalt in Frankreich übernommen hatte<sup>25</sup>. Ihr Plan, gleichzeitig in Algier und

Armee den entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung zu sichern.

<sup>23</sup>) Neben *Massu* gehörten so die Obersten *Trinquier*, *Ducasse* (Kommandeur des 6. Fallschirmjäger-Regimentes) und *Thomazo*, ferner *Lagailarde*, *Delbecque* und von den eigentlichen Anstiftern der Aktion des 13. Mai Robert *Martel* und *de Sérigny* dem Ausschuß an, außerdem einige der Männer, die das Attentat gegen *Salan* vorbereitet hatten und mit denen der General nun zusammenarbeiten mußte.

*Soustelle* bildete dann mit *Massu* und einem muselmanischen Politiker, *Sid Cara*, den „Koordinierungsrat“, eine Art Gegenregierung für ganz Algerien und die Saharagebiete, deren militärischer Befehlshaber, General *Mirambeau*, sich der Bewegung anschloß, während die Militärkommandanten in Tunesien und Marokko sich fernhielten und durch ihre unsichere und kaltblütige Haltung ernstere Zwischenfälle mit den Truppen der Regierungen in Tunis und Rabat vermeiden konnten.

<sup>24</sup>) Nachdem die Einsetzung der Regierung *Pflimlin* in Algier bekannt geworden war, reagierten die Fallschirmjäger-Obersten mit dem Ausruf: „Wir sind verloren.“ *Massu* stellte sich jetzt vollkommen auf die Seite der Aufrührer und forderte in einem anmaßenden Telegramm an Staatspräsident *Coty* („Ich, General *Massu* . . .“) die sofortige Einsetzung der „Nationalen Wohlfahrtsregierung“ in Paris. Er konnte nicht mehr zurück, denn nach seinen eigenen Worten gab es jetzt nur noch „das Kriegsgericht oder den Sieg“.

<sup>25</sup>) Die Sozialrepublikaner *Soustelles* und der größte Teil der Unabhängigen sowie die Rechtsextremen stimmten gegen *Pflimlin*, die ihm feindlich gesinnten oder noch schwankenden Abgeordneten der Mittelparteien wurden nun aber durch den Gewaltstreich von Algier dazu bewogen, für ihn zu stimmen, so daß auch ohne die Unterstützung der Kommunisten (sie enthielten sich der Stimme) eine Mehrheit für die Regierung zustande kam.



Paris loszuschlagen, war gescheitert und statt dessen eine Situation eingetreten, die keiner vorausgesehen hatte: der offene Bruch zwischen dem Mutterland und Algerien, die völlig unbeabsichtigte „Sezession“.

In der Tat konnten *Soustelle* und die anderen Hauptbeteiligten nicht mehr hoffen, nun auch in Frankreich Wohlfahrtsausschüsse einsetzen oder überhaupt noch das eigentliche Ziel, die Machtübernahme in Paris, erreichen zu können. In den ersten Tagen der Regierung *Pflimlin* griff der neue Innenminister, der Sozialist *Jules Moch*, recht scharf durch und ließ eine Reihe von Mitgliedern der Verschwörung, darunter auch einige Generale, verhaften<sup>26</sup>. *Soustelle* selbst wurde unter Polizeiaufsicht gestellt, die Grenzen wurden gesperrt (Visumzwang), und der Ausnahmezustand wurde verkündet. Der Umsturz blieb somit auf Algerien beschränkt, wo sich nun überall Wohlfahrtsausschüsse bildeten.

In einer tragischen Situation befand sich die Armeeführung in Algerien, die zwar, um sich von den extremistischen politischen Elementen der „Bewegung des 13. Mai“ nicht überrennen zu lassen, die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung übernommen hatte, damit aber zugleich den „Rebellen“ von Algerien den Rücken deckte und sich so in kaum verhülltem Gegensatz zu der legalen Regierung der Republik befand. Die von Ministerpräsident *Pflimlin* entwickelte Fiktion, *Salan* sei mit allen Vollmachten der Regierung für Algerien ausgestattet, konnte nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß fast die gesamte kampffähige französische Armee sich nicht mehr unter der Autorität der Pariser Regierung befand und weder die Befehle des Präsidenten der Republik noch die des Verteidigungsministers befolgte<sup>27</sup>.

Die Regierung *Pflimlin* wagte ihrerseits nicht den Versuch, ihre Autorität in Algerien wiederherzustellen

oder gegen die Offiziere Sanktionen zu ergreifen, die direkt an dem Staatsstreich beteiligt waren<sup>28</sup>.

### *De Gaulle als „Mann der Dritten Kraft“*

In dieser völlig verfahrenen Lage der ersten Tage nach dem Putsch von Algier, in der beide Lager einander beobachteten, trat General *de Gaulle* am 15. Mai mit einer kurzen Erklärung an die Öffentlichkeit, welche die Verwirrung in Paris noch steigerte, in Algier aber sofort als eine Möglichkeit betrachtet wurde, einen Ausweg aus der offenen Spaltung zu finden. Bezeichnenderweise war es nicht der algerische Wohlfahrtsausschuß, der sich zuerst auf die Seite *de Gaulles* stellte, sondern Oberbefehlshaber *Salan*, gefolgt von General *Massu*<sup>29</sup>. *De Gaulle* mußte den Generalen, die die Einheit der Armee auf jeden Fall erhalten wollten, in der Tat als der „Retter in der Not“ erscheinen. Gewiß hatte sich das Oberkommando in Frankreich mit seinen Kameraden in Algerien solidarisch erklärt. Es hatte jedoch abgelehnt, gegen die legale Regierung und die Institutionen der Republik mit offener Gewalt vorzugehen. Sollte der Befreier Frankreichs des Jahres 1944 bereit sein, sich auf der Spitze der Bajonette an die Macht tragen zu lassen, so würden sie ihm folgen<sup>30</sup>. Aus derselben Erkenntnis heraus setzten nun auch die „Ultras“ auf die Karte *de Gaulle*, obwohl sie keineswegs alle ehemalige Gaullisten und Vertreter der Widerstandsbewegung des Krieges waren und viele seiner politischen Ideen ablehnten<sup>31</sup>. *Soustelle*, dem es gelungen war, aus Paris zu entweichen, tat ein übriges, um in Algier davon zu überzeugen, daß *de Gaulle* die „Bewegung des 13. Mai“ billige, obwohl er auf Grund seiner Kenntnis der Ansichten *de Gaulles* es eigentlich besser wissen mußte; der General hatte tatsächlich mit keinem Wort eine derartige Billigung ausgesprochen, und er hatte zu

<sup>26</sup>) Zwei Luftwaffengenerale aus dem Stab des Generalstabschefs *Ely*, der nicht an dem Putsch beteiligt war, wurden verhaftet, in der Provinz wurden mehrere höhere Offiziere unter Arrest gestellt, anderen zivilen und militärischen „Putschisten“ gelang es, in den „Untergrund“ zu entweichen.

<sup>27</sup>) Der am 14. Mai erlassene Aufruf des Präsidenten *Coty*, in dem er die Armee zum Gehorsam gegenüber der Regierung aufforderte, wurde den Truppen in Algerien nicht zur Kenntnis gebracht.

Der neuernannte Verteidigungsminister, *de Chevigné*, besaß praktisch keinerlei Autorität über die Armee. General *Ely* nahm die Verhaftung seiner Mitarbeiter zum Anlaß, aus Protest gegen die Unfähigkeit der bisherigen Regierungen, der Armee die notwendigen militärischen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu beschaffen, seinen Rücktritt zu erklären. Nachdem drei Generale die Nachfolge *Elys* abgelehnt hatten, übernahm dessen Stellvertreter *Lorillot* den Posten, versicherte aber in einem vertraulichen Schreiben die Generalität seiner „Solidarität mit den Kameraden in Algerien“ und gab nur diejenigen „Befehle“ des neuen Ministers weiter, die er mit dem Bemühen der Armee, ihre Einheit auf jeden Fall zu bewahren, für vereinbar hielt.

<sup>28</sup>) Die Regierung schreckte schon deshalb vor disziplinarischen Maßnahmen zurück, weil sie fürchten mußte, Sanktionen gegen die aufrührerischen Offiziere würden nicht durchgeführt werden, wodurch der Ungehorsam der Militärs, den man sorgsam geheimzuhalten trachtete, bekannt würde. Das einzig

wirksame Mittel, das „Aushungern“ Algeriens, konnte deshalb nicht erwogen werden, weil man der gegen die FLN kämpfenden Truppe nicht in den Rücken fallen wollte. Die Regierung schickte vielmehr 6000 Mann Verstärkung nach Algerien.

<sup>29</sup>) Bei seinem ersten Auftreten in Paris erklärte *de Gaulle* am 15. Mai: „Ich bin bereit, die Macht der Republik zu übernehmen.“ In Paris wurde dies als offene Ankündigung von Gewalt aufgefaßt, in Algier, wo man bisher am Rande der Panik war und sich die Militärs, denen man die Einsetzung der „Wohlfahrtsregierung“ versprochen hatte, von den politischen Konspiratoren getäuscht sahen, setzte man nun alles auf die Karte *de Gaulle*.

<sup>30</sup>) Es scheint, nach Äußerungen von *Massu*, daß man den Militärs weiterhin versprochen hatte, *de Gaulle* würde nach dem Scheitern des Aktionsplans nun persönlich eine „Regierung des nationalen Wohls“ bilden. *De Gaulles* Erklärung wurde so in diesem Sinne ausgelegt, und der zwei Tage später in Algier eintreffende *Soustelle* bestärkte sie in dieser Meinung. *Massu* sagte (in einem am 29. Mai von der *Times* veröffentlichten Interview), *de Gaulle* müsse selbst entscheiden, ob ihn die Armee mit Gewalt zur Macht bringen solle, *Soustelle* sei sein Sprecher in Algerien.

<sup>31</sup>) Die enorme Propagandamaschine der USRAF wurde jetzt für *de Gaulle* in Bewegung gesetzt, und selbst die bisher anti-gaullistisch gesinnten „Ultras“ stimmten unter der Führung von *de Sérigny* in die Lobeshymnen auf *de Gaulle* mit ein.



erkennen gegeben, daß er seine Vollmachten von der Republik zu erhalten wünsche. Allein maßgebend war aber für die jetzigen Beherrscher Algeriens, daß de Gaulle ihre Bewegung nicht ausdrücklich und offen verurteilt hatte. Seine ersten Erklärungen ließen jede Deutung zu<sup>32</sup>, und gerade deren zwiespältiger Charakter sollte den Verlauf der Ereignisse in dreifacher Weise entscheidend bestimmen:

1. Sie stärkten der nun zum Großteil von *Soustelle* geleiteten Bewegung in Algerien den Rücken, befreiten sie vom Odium der Rebellion gegen das Mutterland und gaben ihnen nun eine Art moralischer Berechtigung als Erneuerungsbewegung für ganz Frankreich gegen ein abgewirtschaftetes Regime der Parteien.

2. Sie ermöglichten es der Armee, der *de Gaulle* sein Vertrauen ausgesprochen hatte, sich sowohl gegenüber der Regierung in Paris wie gegenüber den Wohlfahrtsausschüssen in Algerien zu behaupten und eine Art „Dritte Kraft“ zu bilden.

3. Sie erschütterten in Paris das Vertrauen der Links- und Mittelparteien — die Rechtsparteien forderten jetzt nicht mehr eine „Wohlfahrtsregierung“ *Soustelle*, *Bidault*, *Morice*, sondern die Machtübernahme des Generals — in die Handlungsfähigkeit der Regierung *Pflimlin* und führten zum Bruch der Einheitsfront „Verteidigung der Republik“.

Die Entschlossenheit, mit der Parlament und Regierung nach dem 13. Mai auf die Rebellion in Algerien reagiert hatten und die erhoffen ließ, das Regime würde von sich aus die Kraft zur Selbsterhaltung und Erneuerung aufbringen, konnte nicht lange darüber hinwegtäuschen, daß fast allen verantwortlichen Männern der Mut zum Handeln fehlte.

Nach der zweiten Erklärung *de Gaulles* vom 19. Mai zeichnete sich in Frankreich die verhängnisvolle

Entwicklung zum Bürgerkrieg ab: der größte Teil der Sozialisten drohte zur „Volksfront“ mit den Kommunisten umzuschwenken, während der rechte Flügel des Parlamentes angesichts dieser neuen Gefahr sein Heil in der Berufung *de Gaulles* suchte.

Der „Wettlauf“ um *de Gaulle*, der Gang zum Olymp von Colombey-les-Deux-Eglises, begann zwei Tage später, und damit das große Rätselraten: würde der General bereit sein, sich in den verfassungsmäßigen Formen die Regierungsgewalt von der Nationalversammlung übertragen zu lassen, oder wollte er sich von der Armee und an der Spitze der „Bewegung des 13. Mai“ zur Macht tragen lassen, um die republikanische Legalität zu beseitigen? Es konnte bei allem nicht zweifelhaft sein, daß das Schicksal der bisherigen parlamentarischen Regierungsform nach den Riten der IV. Republik besiegelt war. Das Verfassungsreformprojekt, das die Regierung *Pflimlin* schnell vorlegte, zeigte das nur zu deutlich. Es ging nur noch um die Frage „römischer Konsul“ oder Militärdiktatur, Staatsreform oder Staatsstreich.

Diese Frage wurde auf beiden Seiten des Mittelmeeres gestellt, in Paris und in Algerien jedoch im entgegengesetzten Sinne beantwortet. Es wurden nun gleich zwei „Komplotte“ in Szene gesetzt, um den Mann an die Macht zu bringen, der an den Ereignissen des 13. Mai völlig unbeteiligt war und von dem es nun heißen konnte: „Gäbe es ihn nicht, so hätte man ihn erfinden müssen“<sup>33</sup>.

Zwischen Paris und Colombey-les-Deux-Eglises, der „Dritten Hauptstadt“, begannen die heimlichen Kontakte und Sondierungen. Zunächst seitens der gemäßigten Rechten, dann der Abgesandten der Partei *Pflimlins* und selbst der Sozialisten<sup>34</sup>, die zum Treffen des Regierungschefs mit *de Gaulle* und der

<sup>32</sup>) In seiner zweiten Presseerklärung am 19. Mai ließ *de Gaulle* erkennen, er wolle „in der außergewöhnlichen Situation mit außergewöhnlichen Mitteln“ die Regierung übernehmen, was in Algerien noch als eine Bestätigung der Thesen *Soustelles* aufgefaßt wurde. Zugleich hob de Gaulle aber die entscheidende Rolle der Armee bei der Verhinderung einer endgültigen Spaltung hervor, ohne die Bewegung des 13. Mai zu billigen, eine Nuance, die von den Politikern in Algerien offensichtlich nicht verstanden worden ist. De Gaulle legte auf die Fragen der Journalisten hin im einzelnen dar, in welchem Sinne seine erste Erklärung aufgefaßt werden sollte: Zur Übernahme der Gewalt in der Republik: „Man kann nur die Vollmachten der Republik übernehmen, die einem von der Republik übertragen werden.“ Zu den Befürchtungen, er würde die politische Freiheit einschränken: „Habe ich das jemals getan? Im Gegenteil, ich habe sie wiederhergestellt, als sie verlorengegangen war. Glaubt man, daß ich mit 67 Jahren die Karriere eines Diktators einschlagen werde?“ De Gaulle ließ erkennen, daß er nicht bereit war, sich dem Verfahren zur Investitur durch die Nationalversammlung zu unterwerfen, welches *Guy Mollet* angeregt hatte, und sich nicht zum Vertreter einer bestimmten Richtung machen lassen wollte: „Ich bin ein Mann, der niemand gehört und der allen gehört. Man ruft nicht ‚Es lebe de Gaulle‘, wenn man nicht für die Nation ist.“

<sup>33</sup>) *Daily Telegraph* am 29. Mai 1958.  
Als erster führender Politiker des „Systems“ suchte *Antoine Pinay* den General *de Gaulle* an seinem Wohnort im Departement

Haute-Marne auf; Vertreter anderer Parteien folgten. *Mollet* und der ehemalige Staatspräsident *Auriol* (Sozialist) sondierten brieflich die Ansichten *de Gaulles*. Die Initiative des Parteichefs *Mollet* wurde jedoch ohne Kenntnis der Partei unternommen und vom Vorstand verworfen.

<sup>34</sup>) Ministerpräsident *Pflimlin* traf sich in der Nacht zum 27. Mai heimlich mit *de Gaulle* in einer Villa in der Umgebung von Paris (St. Cloud). Es scheint, daß dort die Übernahme der Regierung durch den General in Grundzügen besprochen wurde und daß de Gaulle einige Konzessionen hinsichtlich der Aufnahme von parlamentarischen Führern (*Pinay*, *Mollet*, *Pflimlin* usw.) in seine Regierung machte, worauf diese ihm die Unterstützung seiner Kandidatur vor dem Parlament zusicherten. *Pflimlin* trat zurück, obwohl eine große Mehrheit des Parlamentes für sein Verbleiben gestimmt hatte. Der Gesetzentwurf zur Aenderung einer Reihe von Verfassungsartikeln, den die Regierung *Pflimlin* eingebracht hatte, erforderte zu seiner Annahme die absolute Mehrheit (296 Stimmen). Er wurde mit 408 Stimmen gegen 165 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Abgelehnt wurde er von der großen Mehrheit der Unabhängigen (76 von 89), von den Sozialrepublikanern (17), den Poujadisten (29), den beiden Bauernparteien und einigen Radikalen. Der Ministerpräsident weigerte sich jedoch, die Stimmen der Kommunisten und Progressisten (148), die für den Entwurf gestimmt hatten, zu seinen Gunsten zu zählen. Nach Abzug dieser Stimmen war die absolute Mehrheit nicht mehr gegeben, was *Pflimlin* erlaubte, mit seiner Regierung zurückzutreten.



berühmten Erklärung des Generals vom 27. Mai führten:

„Ich habe das ordentliche Verfahren zur Bildung einer republikanischen Regierung ... eingeleitet.“

Das „ordentliche Verfahren“ war in der Tat bereits ausgehandelt worden und entwickelte sich programmgemäß: das Ultimatum des Staatspräsidenten *Coty* an das Parlament, der „Selbstmord“ *Pflimlins*, die offizielle Berufung des Generals *de Gaulle* zur Bildung der Regierung und seine Investitur durch die Nationalversammlung am 1. Juni.

In Algier lief gleichzeitig ein zweites, weniger „ordentliches“ Verfahren an, das aber denselben Zweck verfolgte: die Einsetzung *de Gaulles* als Regierungschef. Die nun zu „Gaullisten“ gewordenen Verschwörer brauchten nur ihren am 13. Mai gescheiterten Aktionsplan wiederaufzunehmen, diesmal aber mit sicheren Aussichten auf Erfolg. Sie hofften, daß die gesamte Armee, nicht nur die Truppen in Algerien, sondern auch das Oberkommando und alle Wehrmachtteile im Mutterland, auf ihrer Seite stehen würden. Die vor allem im Süden Frankreichs schon im geheimen gebildeten „Wohlfahrtsausschüsse“ waren zum Losschlagen bereit<sup>35</sup>; für den Fall, daß das Parlament *de Gaulle* die legale Übernahme der Macht verweigern würde.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß es gerade das zweite algerische Komplott war, welches das Gelingen der offiziellen parlamentarischen und regierungsamtlichen gaullistischen Konspiration in Paris überhaupt ermöglichte.

Die sich am 24. Mai mit dem Putsch auf Korsika<sup>36</sup>

deutlich abzeichnende Vorbereitung des militärischen Handstreiches auf das Mutterland und die Tatsache, daß die Armee nun offen den Gehorsam verweigerte<sup>37</sup> und auch auf die Polizeikräfte nicht mehr zu rechnen war, trieb die noch zögernden Parlamentarier *de Gaulle* in die Arme. Die „Anschlußbewegung“ ergriff selbst einen großen Teil der Sozialistischen Partei, so daß die Gefahr der Volksfront gebannt wurde<sup>38</sup> und im Parlament die Mehrheit für den General entstand, ohne die der geschickt in Paris eingefädelte Prozeß — und damit die legale Fassade — hätte scheitern müssen. Es steht mit Sicherheit fest, daß ohne die von Algier aus in Szene gesetzte Erpressung, ohne die Drohung mit der offenen Gewalt, das Parlament nicht zugunsten des Generals auf all seine gesetz- und verfassungsgebenden Rechte verzichtet und sich praktisch seinem Willen ausgeliefert hätte<sup>39</sup>.

Der 1. Juni wurde in Algier wie in Paris gleichermaßen gefeiert. Für die einen war es die in extremis erfolgte Rettung der Republik und der Beginn der Staatsreform. („Die IV. Republik ist tot, es lebe die V. Republik!“) Für die anderen war es ein Sieg der „Revolution“, der republikstürzenden Bewegung des 13. Mai.

*De Gaulle* hatte zwar die Macht, aber von wem und für wen hatte er sie? Paris sowohl als auch Algier hatten den General unter dem Zwang einer aussichtslosen, zum Bürgerkrieg führenden Situation zum Schiedsrichter, zum *Deus ex machina*, gemacht. Dabei hatten sich die Parlamentarier in Paris den

<sup>35</sup>) Vom Rhônetal bis zu den Pyrenäen war die USRAF mit den ihr angeschlossenen Verbänden und Geheimbünden in mehr als 80 Städten bereit, den für den 13. Mai vorgesehenen Aktionsplan auf ein Signal hin auszuführen und mit Hilfe der dort stationierten Fallschirmjäger-Einheiten die Rathäuser und Präfekturen zu besetzen. In einigen Städten (Toulouse, Pau) hatten sich bereits mehr oder weniger offen Wohlfahrtsausschüsse konstituiert, die sich aber infolge der entschiedenen Reaktion der Gewerkschaften gewaltsamer Aktionen noch enthielten. Der zumindest passiven Mitwirkung der Polizei- und Sicherheitsstruppen, von denen überdies ein Großteil in Paris zusammengezogen war, hatte man sich versichert; in einigen Orten Südfrankreichs und teilweise auch in Paris wurden bereits die Anordnungen des Innenministers nicht mehr befolgt.

<sup>36</sup>) Auf Korsika herrschte infolge der besonderen politischen Verhältnisse und Rivalitäten — der politische Inspirator des Handstreiches, der Abgeordnete *Arrighi*, sah hier offensichtlich ein Mittel, um den in den letzten Departementswahlen verlorenen Anhang zurückzugewinnen — eine latente Abneigung gegen die Pariser Zentralregierung, so daß der Handstreich relativ leicht durchzuführen war und man nicht mit dem organisierten Widerstand der Arbeiterschaft rechnen mußte.

<sup>37</sup>) Die Besetzung Korsikas durch die Fallschirmtruppen des von Algier eingeflogenen Obersten *Thomazo* war der erste Schritt eines vom Oberkommando in Algerien sorgfältig vorbereiteten Plans zur militärischen Besetzung des Mutterlandes. Angesichts der Schwierigkeiten, größere Einheiten über das Mittelmeer schnell nach Frankreich zu transportieren, bot Korsika ein gutes Sprungbrett für Luftlandeunternehmen. Daß sowohl die Luftwaffe als auch die französische Mittelmeerflotte an dem Unternehmen beteiligt waren, wurde an einigen Beispielen deutlich: Die Flotte verließ die NATO-Manöver in Malta und nahm, entgegen den Anweisungen aus Paris, Kurs

auf die algerischen Häfen. Der in Toulon liegende Kreuzer „Ajax“ weigerte sich, mit 2000 Mann Sicherheitstruppen an Bord zur Niederwerfung der Revolte nach Korsika auszulaufen. Die Luftwaffe verweigerte die Gestellung von Transportflugzeugen. Eine mit einem Charterflugzeug eingeflogene Kompanie Sicherheitstruppen ließ sich bei ihrer Ankunft kampfflos von Fallschirmjägern entwaffnen.

<sup>38</sup>) Die am 28. Mai von den nichtkommunistischen Linksparteien und Gewerkschaften durchgeführte Kundgebung in Paris (Place de la Nation — Place de la République) ließ erkennen, daß es der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Gewerkschaft auf Grund ihrer besseren Organisation und zahlenmäßigen Überlegenheit gelingen würde, diese Anti-*de Gaulle*-Bewegung zu unterwandern und sich mit dem Schlagwort „Aktions-Einheit“ an deren Spitze zu setzen. Der allein von den Kommunisten organisierte Streik schlug jedoch fehl, und als die Führer der anderen Linksparteien und Gewerkschaften sich weigerten, mit den Kommunisten gegen *de Gaulle* vorzugehen, mußte auch die äußerste Linke auf eine gewaltsame Aktion verzichten. Die „Volksfront“ konnte unter diesen Umständen nicht mehr zustande kommen.

<sup>39</sup>) *De Gaulle* war von der Nationalversammlung mit einfacher Mehrheit als neuer Regierungschef bestätigt worden, erhielt dann aber für die Übertragung der verfassungsgebenden Vollmachten die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit beider Kammern. Erst die Antwort *de Gaulles* auf den Brief *Auriols* und die immer deutlicher werdenden Anzeichen eines gewaltsamen Umsturzes brachten 40 von den 100 Abgeordneten der Sozialistischen Partei dazu, *de Gaulle* ihre Stimme zu geben. Um das von *de Gaulle* geforderte „Ermächtigungsgesetz“ nicht zu Fall zu bringen und sich so der Gefahr einer „plebiszitären“ Herrschaft des Generals auszusetzen, enthielten sich dann 50 Sozialisten, die Mendesisten und andere Opponenten der Stimme.



Amateurpolitikern in Alger nicht nur taktisch überlegen gezeigt, sondern sie hatten auch die Absichten de Gaulles richtiger beurteilt.

In Alger war man der Illusion nachgejagt, de Gaulle für sich gewinnen zu können; dies um so mehr, als man sich darauf berufen konnte, ihn letzten Endes zur Macht getragen zu haben. Den Inspiratoren der algerischen Revolte waren aber zwei schwere Fehler unterlaufen. In taktischer Hinsicht bestand der Fehler in dem Bemühen, de Gaulle die Hände binden und ihn auf eine bestimmte Politik festlegen zu wollen; in psychologischer Hinsicht in der Annahme, die in den parlamentarischen Formen vollzogene Regierungsübernahme sei nur ein Täuschungsmanöver und ein Mittel, um die Politiker in Paris auszuschalten und dann den offenen Anschluß an die Bewegung des 13. Mai durchzuführen.

### Ausblick

Das tragische Mißverständnis des „Doppelsieges“ vom 1. Juni bestand aber mit der Regierung *de Gaulle* weiter, auch wenn dem ersten Triumph der Männer des 13. Mai sehr schnell eine tiefe Enttäuschung folgte. Der Bruch zwischen dem Mutterland und Algerien war keineswegs beseitigt, denn noch herrschten die Wohlfahrtsausschüsse in Algerien und schickten sich an, den General *de Gaulle* im Namen der Bevölkerung als Inhaber der politischen Gewalt zu empfangen<sup>41</sup>.

In dieser zwielichtigen Situation sollte sich die Armee als das entscheidende Instrument, als die Dritte Kraft erweisen, die es *de Gaulle* ermöglichte, den noch immer offenen Gegensatz zwischen den Wohlfahrts-Tribunen in Alger und den Politikern in Paris<sup>42</sup> wenn nicht ganz auszuschalten, so doch in den Hintergrund zu drängen. Indem der neue Ministerpräsident in seinen Reden in Algerien die Armee als die treue Stütze des Staates bezeichnete, die Beweg-

Wenn auch *de Gaulle* in seinen Erklärungen vor der Investitur seine eigene Politik nicht klar umrissen hatte, so ließ er doch keinen Zweifel daran, daß er die republikanische Regierungsform nicht beseitigen und keineswegs eine Art Militärdiktatur nach südamerikanischem Muster errichten wollte<sup>40</sup>. Seine vor dem 1. Juni wiederholt, wenn auch nicht öffentlich ausgesprochene Weigerung, an der Spitze der Armee die Macht an sich zu reißen, hatte ihn dazu geführt, dem Drängen der Parlamentarier nachzugeben und sich nicht mehr „vom Volk“, sondern von der Nationalversammlung berufen zu lassen. *De Gaulle* hat die Regierungsautorität gegen die Kräfte des Staatsstreichs bewahrt und für die Staatsreform eingesetzt, den tödlichen Zusammenstoß verhindert und Grundlagen für einen Ausgleich und für die Erneuerung des französischen Staates geschaffen.

gründe zwar billigte, welche die europäische Bevölkerung zum Aufstand gegen das parlamentarische Regime in Paris getrieben hatten, mit keinem Wort aber die Wohlfahrtsausschüsse sanktionierte oder gar legalisierte, schuf er die entscheidende Voraussetzung dafür, nicht nur der algerischen Sezession, sondern auch der „Revolution“ zunächst ein Ende zu setzen. Die Reise *de Gaulles* nach Algerien brach die politische Stoßkraft des 13. Mai; mehr als in den öffentlichen Ansprachen kam dies in dem Auftreten des Generals zum Ausdruck<sup>43</sup>.

Aus dem Ringen um Algerien gingen nicht die eigentlichen politischen Urheber des Staatsstreichversuches, die „Ultras“ mit ihrem Verschwörerkreis beiderseits des Mittelmeeres, als Sieger hervor, sondern *de Gaulle* und die Armee. Den Militärs war jetzt der Grund zur Auflehnung gegen Paris genommen, ihre Auffassung über die innere Lösung des algerischen Problems wurde von *de Gaulle* geteilt<sup>44</sup>. Den Ver-

<sup>40</sup> *De Gaulle* hatte sich im Laufe der Krise mehrfach seiner Umgebung gegenüber gegen die „Obersten von Panama“ ausgesprochen und keinen Zweifel daran gelassen, daß er deren politische Aktivität — und insbesondere den Handstreich auf Korsika — nicht billigte. In seinem Antwortschreiben an *Auriol* hieß es auf die Frage, ob *Soustelle* in Alger in seinem Namen spreche, es beriefen sich viele auf ihn, die er nicht dazu ermächtigt habe.

<sup>41</sup> *Lagaillarde* und andere „Ultras“ versuchten durch eine Gegendemonstration in Alger *de Gaulle* während seines Besuches am 4. Juni unter Druck zu setzen und ihn zur öffentlichen Anerkennung der Initiatoren der „Bewegung des 13. Mai“ zu veranlassen. Ähnliche Versuche, durch Rufe „Es lebe *Soustelle*“ diesen als eigentlichen Sieger des 1. Juni herauszustellen, wurden durch das feste Auftreten des Generals im Keime erstickt. *De Gaulle* übergab die sich als Inhaber der Staatsgewalt fühlenden Wohlfahrtsausschüsse; er stellte die Militärs zur Rede und verlangte von ihnen unbedingten Gehorsam gegenüber seiner Regierung.

<sup>42</sup> So versuchten zivile und militärische Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses, die beiden *de Gaulle* begleitenden Minister *Jacquinet* und *Lejeune* zur Rückkehr nach Paris zu bewegen. Während der Ansprache *de Gaulles* im Generalgouvernement sperrten sie die beiden Minister in ein Zimmer ein,

aus dem sie erst durch das Einschreiten *de Gaulles* wieder „befreit“ wurden.

<sup>43</sup> In Oran erklärte *de Gaulle* dem dortigen Wohlfahrtsausschuß: „Sie werden die Revolution nicht weiterführen.“ Die Menge, die seine Ansprache mit den Rufen: „Es lebe *Soustelle*!“ störte, schrie er an: „Schweigen Sie!“

<sup>44</sup> Es waren die Armeeoffiziere, wie *Trinquier* und *Godard*, die dank der von ihnen aufgebauten Kader-Organisation zur Bekämpfung des Terrorismus die Muselmanen dazu brachten, sich an den Kundgebungen der Wohlfahrtsausschüsse zu beteiligen, und so ihren zumindest teilweisen Anschluß an die „Bewegung des 13. Mai“ erreichten. Die von den Militärs vertretenen Thesen der völligen Gleichberechtigung, die sie den politischen Köpfen der Verschwörung aufgezwungen hatten, wurden von *de Gaulle* zum Hauptthema seiner Ansprachen an die Bevölkerung gemacht. Das Schlagwort der „Integration“ erwähnte *de Gaulle* nicht, offensichtlich, um das hier bestehende Mißverständnis nicht noch zu vergrößern: Für die Militärs bedeutete diese „Integration“ nämlich die politische und auch wirtschaftliche Angleichung von europäischem und muslimischem Bevölkerungsteil innerhalb Algeriens, für die „Ultras“ dagegen das völlige Aufgehen Algeriens im Mutterland. *Soustelle* deutete jedoch an, daß er der ersten Lösung zuneige, denn schon aus materiellen Gründen ist eine Gleichstellung von Algerien und Frankreich nicht durchzuführen.



fechten der reaktionären Interessenpolitik muß es wie eine weitere Ironie des Schicksals erscheinen, daß von ihrem Programm nur diejenigen „revolutionären“ Ziele verwirklicht werden sollen, die sie vor dem 13. Mai auf das schärfste bekämpft hatten und die sie den Militärs nur zugestanden hatten, um die Unterstützung der Armee bei der Eroberung der Macht in Frankreich zu erhalten.

De Gaulle hat bisher unzweifelhaft seine Autorität gegenüber den Militärs gefestigt, so wie er sie gegenüber den politischen „Revolutionären“ durchgesetzt hat. Nicht nur aus rein praktischen, sondern auch aus politischen Erwägungen — er wollte weder das am 13. Mai zusammengebrochene politische System noch die aus der Revolte hervorgegangene Herrschaft der „Junta“ — übertrug er am 15. Juni die Verwaltung Algeriens den Militärbefehlshabern und ersetzte so, bis zur endgültigen Regelung durch eine gesamtfranzösische Verfassung, das Algerienministerium durch eine Militärregierung. Die Wohlfahrtsausschüsse sahen sich jeden offiziellen und administrativen Charakters entkleidet und auf recht nebelhafte propagandistische und „psychologische“ Aufgaben verwiesen. De Gaulle sanktionierte so eine Entwicklung, die bereits am 13. Mai eingesetzt hatte und in deren Verlauf sich die Militärs gegenüber den neuen Volkstribunen immer mehr durchsetzten<sup>45</sup>. Die „Ultras“, die sich um die Frucht ihres vermeintlichen Sieges gebracht sehen, haben jedoch wenig Aussichten, sich noch ein zweites Mal gegen die jetzt nicht mehr rein fiktive Regierungsgewalt in Paris auflehnen zu können<sup>46</sup>, denn auf die Unterstützung der Armee können sie nun nicht mehr rechnen. Dieser Tatbestand wird für die Zukunft von nicht geringer Bedeutung sein, wenn die französische Regierung die Lösung des nordafrikanischen Problems in Zusammenarbeit mit Marokko und Tunesien in Angriff nimmt.

Gewiß sind noch all die großen Fragen offen, deren Lösung letzten Endes darüber entscheidet, ob dem Experiment *de Gaulle* Erfolg beschieden sein wird: Neuordnung des Verhältnisses zwischen den beiden Bevölkerungsteilen Algeriens im Rahmen einer neuartigen, föderativen Staatsstruktur, Beendigung des Krieges gegen die Aufständischen und Bereinigung des Verhältnisses mit Marokko und Tunesien, Billigung einer neuen Verfassung und innere Reform der Parteien, ohne die auch die V. Republik versagen und zum Mittel diktatorischer Vollmachten greifen müßte. Schließlich sind auf wirtschaftlichem Gebiet durchgreifende und unpopuläre Maßnahmen notwendig.

Der in Frankreich vorgegangene Zerfallsprozeß eines Staatswesens hat den inneren Mechanismus von Machtverlust und Machtergreifung vor allen Augen deutlich gemacht, zugleich aber auch erwiesen, daß die hier zutage getretenen Gesetzmäßigkeiten nicht absolut gedeutet oder gar in Parallele zu anderen Umwälzungen der neuesten Geschichte gesetzt werden können. Derartige Vergleiche gehen an den politischen Gegebenheiten Frankreichs im Jahre 1958 ebenso vorbei wie an dem unwägbaren individuellen Faktor *de Gaulle*, sie öffnen nur das Tor zum Tummelplatz fiktiver Spekulationen, sei es auf innenpolitischem oder aus außenpolitischem Gebiet.

Die IV. Republik ist an Algerien gescheitert, aber auch die von Algier ausgehende Gegenbewegung ist nicht zum Siege über ein sich selbst aufgebendes Regime gelangt und mußte sich einer neuen Kraft beugen, die sie selbst auf den Plan gerufen hatte, als sie einen morschen Staat stürzen zu können glaubte.

Aus Thesis und Antithesis sind Ansätze zu einer Synthesis hervorgegangen, von der man noch nicht weiß, welche endgültige Gestalt sie annehmen wird.

Abgeschlossen am 15. Juni 1958

### Quellenhinweise

An Tageszeitungen sind hauptsächlich herangezogen worden: *Le Monde*, *Le Figaro*, *Combat*. An ausländischen Tageszeitungen: *The Times*, *New York Herald Tribune*, *New York Times*, *Neue Zürcher Zeitung*. (Nach der Einführung der Pressezensur durch die Regierung Pflimlin

kommt den Meldungen der ausländischen Tageszeitungen eine besondere Bedeutung zu.)

Für Einzelprobleme sind besonders die folgenden Abhandlungen aufschlußreich und wertvoll (in chronologischer Reihenfolge des Erscheinungsdatums):

<sup>45</sup> Der von Beginn an bestehende Gegensatz zwischen den zivilen und den militärischen Mitgliedern der Wohlfahrtsausschüsse war bereits mehrfach zum Ausbruch gekommen, insbesondere, als die Militärs die von den „Ultras“ mit offenen Armen begrüßten Abgeordneten *Le Pen* und *Demarquet* mit Gewalt aus Algier abschieben und den „kleinen Napoleon“ *Biaggi* in einer Villa bei Algier internieren ließen.

Das Mißtrauen gegen alle durch das „System“ kompromittierten Politiker der Metropole dehnte sich auch auf die Anhänger der Verschwörung aus, die, wie *de Sérigny* und *Martel*, offensichtlich politische Sonderinteressen verfolgten. Die Offiziere sahen gerade in der „Bewegung des 13. Mai“ eine Möglichkeit, die Wiederkehr der verachteten Parlements herrschaft und der politischen Interessenhandel zu verhindern. Sie kritisierten auch die Tatsache, daß *de Gaulle* Politiker wie *Mollet*, *Pflimlin*, *Pinay* usw. in seine Regierung aufgenommen hatte.

<sup>46</sup> Der Wohlfahrtsausschuß von Algier veröffentlichte am 10. Juni ein „Manifest“, in dem er sich offen gegen die von *de Gaulle* angekündigten Gemeindewahlen in Algerien wandte und die Auflösung der politischen Parteien sowie die Abschaffung des Algerien- und Sahara-Ministeriums forderte. Auf Grund der scharfen Reaktion *de Gaulles* kam es zum Konflikt zwischen den „Ultras“ und den Militärs wie auch zwischen den „Gaullisten“ unter *Delbecq* und den „Pétainisten“ unter *de Sérigny*. Der Wohlfahrtsausschuß ist von Auflösungserscheinungen bedroht. Außerdem ist er, nach der Uebertragung sämtlicher Verwaltungsvollmachten an die Armee, des direkten politischen Einflusses auf die Entwicklung beraubt und stößt bei seinen Versuchen, sich weiterhin als Sprecher der gesamten algerischen Bevölkerung hinzustellen, auf den Widerstand der Militärverwaltung.



Jean Planchais, „L'armée d'Algérie contre le régime“, *L'Express*, 13. Mai;  
Jean Planchais, „L'armée veut préserver son unité“, *Le Monde*, 16. Mai;  
Alain Jacob, „Comment sont organisées les unités territoriales (Algérie)“, *Le Monde*, 16. Mai;  
Jean Planchais, „Remous à l'Etat Major Général“, *Le Monde*, 18./19. Mai;  
Jean Farran, „La République dans l'alarme“, *Paris-Match*, 24. Mai;  
Nora Beloff, „De Gaulle Back if Gouvernement Collapses, etc.“, *The Observer*, 25. Mai;  
„Statement of General Massu“, *The Times*, 29. Mai;  
Eugène Mannoni, „Ces jours qui ébranlèrent Alger“, *Le Monde*, 28., 29., 30., 31. Mai, 1./2. Juni;  
Jean Farran, „Derrière le balcon du Gouvernement Général“, *Paris-Match*, 31. Mai;  
Alain Jacob, „Alger dissimule assez mal sa déception“, *Le Monde*, 3. Juni;  
Georges Mamy, „De la résignation au ralliement“, *Le Monde*, 3. Juni;  
Georges Mamy, „Le chef du gouvernement a nettement pris appui sur l'armée“, *Le Monde*, 7. Juni.

**Wichtige Kommentare (Tageszeitungen):**

*Le Monde*:  
„Sirius“ (H. Beuve-Méry), „L'amère vérité“, 29. Mai;  
Pierre Henri Simon, „La vérité demeure“, 7. Juni;  
Paul et Marie-Josée Chombart de Lauwe, „L'armée et la nation“, 30. Mai;  
„Sirius“, „La décision“, 31. Mai;  
Maurice Duverger et Jacques Fauvet, „La République“, 4. Juni.  
*Le Figaro*:  
André Siegfried, „Analyse d'une chute“, 11. Juni.

**Kommentare (Wochenzeitungen):**

*L'Express*: J. P. Sartre, „Le Prétendant“, 22. Mai;  
*France-Observateur*: Claude Estier, „La mort d'un parlement“, 4. Juni.

**Erste Kommentare von Monatszeitschriften:**

*Les Temps Modernes*: „La République a perdu une bataille“, par T. M., Mai-Juni;  
*La Revue des deux Mondes*: C. J. Gignoux, „Le retour des deux Eglises“, 15. Juni;  
*Les Cahiers de la République*, Mai—Juni: Sonderbeilage.



## De Gaulle und die afrikanische Revolution

Von *Habib Bourguiba, Präsident der Tunesischen Republik*

Gerade jetzt, wo sich der General *de Gaulle* nach Algier begeben will, ist eine Unterhaltung wie die unsrige heikel. Aber ich entziehe mich dem nicht; denn alle Besorgnisse sind berechtigt. Noch ist alles in einem Zustand der Verwirrung. Wir wissen nicht, was der andere denkt.

Man versteht das alles nicht mehr! Wie soll man sich da noch zurechtfinden? Jede Stunde bringt uns neue, widersprechende Nachrichten. Die Sozialisten sind zugleich gegen die Kommunisten und gegen *de Gaulle*. Die Kommunisten scheinen, trotz ihrer polemischen Äußerungen, nicht ganz gegen *de Gaulle* eingestellt zu sein. Darin liegt die ganze Widersprüchlichkeit.

Im Grunde haben in dieser ganzen Sache nur die „Ultras“ von Algier eine klare Linie bewahrt: sie haben *de Gaulle* gewollt, sie werden ihn haben. Sie wußten von Anfang an, was sie wollten. Das ist übrigens eine ganz außergewöhnliche Erscheinung, man muß das anerkennen! Denn bis jetzt gaben sich die „Ultras“ damit zufrieden, Paris eine Politik aufzuzwingen. Diesmal hat ihnen das nicht genügt.

Herr *Pflimlin* mochte erklären, er wolle „einen Sieg wie 1918“ über die Aufständischen, er erwarte, daß Tunesien und Marokko „ihre Beziehungen mit Frankreich normalisieren“ — ohne überhaupt mit dem König von Marokko und *Bourguiba* gesprochen zu haben —, kurz, er mochte alle möglichen Zugeständnisse machen, eins nach dem anderen (im Ergebnis hat er all die großmütigen Absichten verleugnet, die man bei ihm vermutete, so daß ich mir selbst sagen mußte, die wohlwollende Haltung der Tunesier gegenüber seiner Regierung habe auf einem Vorurteil beruht); nun — das alles hat den „Ultras“ nicht gereicht: sie haben „nein“ gesagt. Diesmal wollten sie *de Gaulle* und sonst keinen. Nicht nur seine Politik, sondern den Mann selbst!

Nun, was soll man da denken, wenn man das von weitem betrachtet? Das einfachste und klarste Resultat ist, daß *de Gaulle* Frankreich von einer Gruppe von Auführern aufgezwungen wurde, welche die unerbittlichsten Feinde der nordafrikanischen Völker sind.

Wenn man früher — Sie erinnern sich — von Tunesien, von Marokko, von ganz Nordafrika nach Paris blickte, sagte man sich: „Wenn nur *de Gaulle* käme!“ Und man fügte hinzu: „Wenn er nur zur rechten Zeit käme!“ Heute, da man nicht einmal weiß, ob er rechtzeitig gekommen ist, wo es viel-

leicht schon fast zu spät ist, muß man sich immer noch sagen: „Gut, daß es *de Gaulle* ist und nicht *de Sérigny*!“<sup>1)</sup>

Und dann tritt man wieder in das Labyrinth der französischen Innenpolitik ein. Die ganze Zeit über erklärte man uns, Herr *Pineau* müsse mit einer parlamentarischen Meinung rechnen. Vielleicht wird man uns jetzt sagen, daß General *de Gaulle* mit *de Sérigny* und General *Massu* rechnen muß! Nun, das sollte man lieber nicht tun. Denn, man soll es ruhig wissen, wir haben genug davon!

Frankreich hat uns in den letzten Monaten nur Enttäuschungen, Kümernisse, kleinliche Auseinandersetzungen und Unglück gebracht. Man nimmt hier zurück, was man dort gibt; man feilscht, man schikaniert. Einmal sind es die Flugplätze: es scheint, als fürchte man Fallschirmspringer; und am nächsten Morgen entdeckt man, daß es außer den vier angeblich von Frankreich überwachten Flugplätzen noch vierzig Pisten gibt, die die Franzosen restlos übersehen haben und wo Fallschirmaktionen starten könnten, wenn wir es wollten. Ein andermal ist es eine Liste mit Bedingungen für die Wirtschaftshilfe... Nein, das kann nicht so weitergehen. Wir brauchen Luft. Wir brauchen Vertrauen. Wir haben kein Vertrauen mehr.

Natürlich, es handelt sich um die französische Innenpolitik. Sie haben gesehen, daß ich mich in meiner Stellung als Staatschef den Erfordernissen angepaßt habe, daß ich es mir zur Pflicht gemacht habe, Probleme zu respektieren, die uns im Grunde nichts angehen. Aber nicht wir sind es, die sich einmischen: man zwingt uns dazu. Zum Beispiel weiß ich genau, daß die französischen Streitkräfte in Tunesien nichts mehr wünschen, als das Staatsgebiet zu räumen, und ich weiß auch, daß höchste Instanzen zumeist unsere Ansicht teilen und zugeben, daß wir recht haben — aber was geschieht dann? Dann erklären uns die Franzosen nicht etwa, daß wir unrecht haben — das auf keinen Fall! —, sondern daß man auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen muß, auf Herr X, Herrn Y, auf eine politische Partei.

Und mehr noch — es ist nicht zu glauben! —, wenn man einmal zu einem Uebereinkommen gelangt, dann bittet man uns um Diskretion, es darf nichts bekannt werden, man wird dieses Gebiet

<sup>1)</sup> Anmerkung der Schriftleitung: Näheres über *de Sérigny* im vorangegangenen Beitrag von Günter Schütze, S. 10 887; ferner ebenda, Anm. 11 und 14.



räumen, ganz bestimmt, aber man darf es nicht sagen. Das entwapfnet mich. Ich antworte: „Schließlich wird man es doch sehen, wenn Ihr abzieht?“ Nein, man macht Ausflüchte, Andeutungen, versucht alles auf indirektem Wege, schiebt es auf die lange Bank, bedient sich aller möglichen Vorwände, und ganz gewiß findet man welche, denn die Zeit vergeht, und wir werden immer gereizter, und ich muß meine erbitterte Meinung zurückhalten, solange ich kann.

Nun, für *de Gaulle* und für uns wird sich alles in einigen Wochen entscheiden, vielleicht in einigen Tagen. Wir erwarten nichts, wir werden nicht enttäuscht sein, wenn das Schlimmste eintritt, denn man hat es sich abgewöhnt, von Frankreich noch irgend etwas zu erwarten. Das war zu ermüdend und vor allem zu sinnlos. Man kann keine Politik nur auf leeren Hoffnungen aufbauen, kein Volk in Träume versetzen nur aus Rücksichtnahme, die übrigens auch von Tag zu Tag nachläßt.

Beachten Sie, daß ich der erste Staatsmann in Afrika gewesen bin, der nach General *de Gaulle* gerufen hat. Ich habe gedacht, daß er vielleicht der einzige in Frankreich sei, auf dessen Wort wir uns verlassen können. Ich glaube es noch, ganz bestimmt, ich glaube, daß ein Ja oder Nein von ihm bedeuten wird, daß sich die französische Politik in dieser oder jener Richtung bewegt. Und das ist schon sehr viel: zu wissen, mit wem man es zu tun hat, womit man rechnen muß. Wenn seine Politik der totale Krieg in Nordafrika ist: gut, dann wird man das wissen und sich danach richten, das ist klar und eindeutig. Ich glaube nicht, daß dann jemand zu uns kommen wird, um uns zu sagen, daß das ein Krieg ist, der kein Krieg ist, daß es in Wirklichkeit der Friede ist, daß das nur niemand wissen darf.

In gewisser Beziehung ist das ein großer Fortschritt. Denn schließlich wird uns eine solche Politik — ich möchte sagen, selbst wenn sie Krieg bedeutet — weder machtlos noch überrascht noch ungerüstet antreffen. Sie können sich denken, daß wir nach Sakiet<sup>2</sup> Freunde gesucht haben; wir haben eine andere Richtung eingeschlagen, sind nicht mehr allein; unsere Stellung in der Welt ist gefestigt, das hat sich in Tanger<sup>3</sup> gezeigt. In Zukunft wird man es nicht mehr mit einem kleinen Land zu tun haben, mit dem man spielen kann, man kann uns nicht mehr mit Verachtung oder Ueberheblichkeit kommen, wenn wir Hilfe verlangen, und mit Drohungen und

Bombardements, wenn wir unsere volle Souveränität bestätigt sehen wollen — all das gehört einer vergangenen Zeit an.

Das ist eine Frage der Geisteshaltung. In einigen Tagen können wir an Hand weniger Worte und Taten leicht feststellen, ob man gegenüber unserer Unabhängigkeit eine respektvolle Haltung einnimmt oder nicht, ob ein Staatsmann fähig ist, uns gegenüber weitblickend und großzügig zu sein, ob man uns mit einer gewissen Würde zu behandeln gedenkt, die doch so realistisch wäre!

Ich staune über den Unterschied zwischen dem englischen und dem französischen Kolonialismus. Wenn die Engländer sich entschließen, ein Land zu verlassen, dann räumen sie es vollständig und schnell, dann respektieren sie alle Formalitäten, weil sie genau wissen, daß von der Art, wie sie das Land räumen, ihre zukünftigen Beziehungen zu diesem Land abhängen. Die Franzosen aber können sich nicht losreißen, sie ziehen tausendmal ab, aber nie ganz, sie gehen zur Tür hinaus und kommen durchs Fenster wieder herein, aus Prestigegründen, des Aussehens wegen, und sie gewinnen dabei nichts, nicht einen materiellen oder moralischen Vorteil, sie verschütten restlos die Zukunft, weil man später natürlich vergessen wird, daß sie sich schließlich doch zur Räumung entschlossen haben, und nur die schlechte Erinnerung bewahren wird, welche die Methode ihres Abzugs hinterlassen hat.

Betrachten Sie die Zwischenfälle von Remada<sup>4</sup>! Welchen Nutzen kann Frankreich daraus ziehen? Nichts außer jener Demonstration, die Sie erlebt haben und auf der Hunderttausende von Tunesiern gerufen haben: „Adieu la France!“ Es war nicht unsere Schuld, daß unsere Beziehungen zur neuen französischen Regierung mit unserer Klage beim Sicherheitsrat belastet sind. Man hat uns dahin gebracht. Jetzt ist Schluß damit. Wir machen keine Konzessionen mehr. Zweieinhalb Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung kann Tunesien, ein Mitglied der Vereinten Nationen, nicht dulden, daß fremde Streitkräfte sein Gebiet besetzt halten und eine Schlacht auf seinem Boden austragen. Schon der Gedanke daran ist entsetzlich.

Es ist weit gekommen jetzt. Es bedarf eines vollkommenen Umschwungs. Einer radikalen Aenderung aller Methoden, aller Pläne, und vor allem einer grundlegenden und totalen Aenderung der Geisteshaltung.

<sup>2</sup>) Anmerkung der Schriftleitung: Das Bombardement des tunesischen Grenzortes Sakiet-Sidi-Youssef durch französische Luftstreitkräfte am 8. Februar 1958 hatte zu einer schweren Krise der französisch-tunesischen Beziehungen und zu einer Klage Tunesiens vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geführt. Vermittler Großbritanniens und der Vereinigten Staaten (*Beeley* und *Murphy*) bemühten sich vergeblich um die Beilegung des Zwischenfalls. Die Bereitschaft zur Annahme ihrer Vermittlungsvorschläge war der äußere Anlaß zum Sturz der Regierung *Gaillard*.

<sup>3</sup>) Anmerkung der Schriftleitung: Gemeint ist vermutlich die Konferenz der Neo-Destour-Partei Tunesiens, der Istiqlal-Partei Marokkos und der Nationalen Befreiungsfront (FLN) Algeriens in Tanger vom 27. bis zum 30. April 1958. Dort wurden die Vereinigung der drei Länder des Maghreb und der Abzug der französischen Truppen gefordert.

<sup>4</sup>) Anmerkung der Schriftleitung: Bei Remada war es am 18. Mai und in der Nacht zum 25. Mai zu Gefechten zwischen französischen und tunesischen Truppenteilen gekommen.



Wir stehen nicht mehr bei Brazzaville oder bei der Rede von Constantine<sup>5</sup>. Wir sind nicht mehr bei der Französischen Union, der es nicht gelungen ist, sich autonome Regierungen auch nur vorzustellen. Ja, ich weiß, zu jener Zeit war das schon kühn, *de Gaulle* war jedem anderen liberalen französischen Staatsmann weit voraus; aber heute bedarf es einer tausendmal größeren Kühnheit, und es handelt sich nicht nur darum, wem auch immer in Frankreich voraus zu sein, sondern es handelt sich darum, bei nichts, was in der Welt geschieht, zu spät zu kommen.

Man muß alle Bedingungen überprüfen, auf jedes Wort achten, alle alten Ideen aufgeben und sich allen großen historischen Perspektiven anpassen, die die Mehrzahl der Franzosen anscheinend nicht einmal erkennen kann. Nicht mit dem, was Frankreich früher tat, muß man das vergleichen, was es jetzt tun kann, sondern mit dem, was die ganze Welt bereits getan hat.

Wenn Sie von Assoziierung sprechen und glauben, daß das für Sie ein Fortschritt ist, und wenn Sie sich dabei nicht eingestehen wollen, daß es eine Assoziierung nur zwischen gleichgestellten Partnern gibt, weil sie sonst nur eine andere Art wäre, das wieder zu nehmen, was man scheinbar gegeben hat — gut, dann ist das eben auch eine Einstellung, auf die Sie verzichten müssen.

Und wir, die wir durch Ihre Schuld mißtrauisch geworden sind, werden es uns zweimal überlegen, ob wir einer Bedingung oder einer Formel unsere Zustimmung geben. Das ist sehr einfach: wenn Sie Ihre Streitkräfte hier zu halten gedenken und das „gemeinsame Verteidigung“ nennen, wenn Sie Ihre wirtschaftlichen Privilegien bewahren wollen und das „Zusammenarbeit“ nennen, dann werden wir wissen, daß Sie uns gegenüber noch nicht bereit sind, die Begriffe Unabhängigkeit, Souveränität und freie Zusammenarbeit anzuerkennen. Wird *de Gaulle* zu einem solchen revolutionären Umschwung der Geisteshaltung bereit sein, zu einer so totalen und endgültigen Aenderung der Methoden und Perspektiven? Davon hängt alles ab.

Ich weiß genau, daß man alles mit dem Algerienkonflikt erklären will. In jeder privaten Unterhaltung, wie auch jetzt in der unsrigen, wird die gleiche Bemerkung gemacht, die auch Sie machten, nämlich daß Frankreich „an Algerien krank“ sei, daß das algerische Drama „nicht einfach“ sei, daß man keine Bilanz der französisch-tunesischen Beziehungen ziehen kann, ohne dieses Drama einzubeziehen, usw. Aber ich bin nicht dieser Ansicht. Zunächst sollte man sich fragen, wieviel Zeit sich Frankreich gelassen hat,

um in der „Komplexität“ Algeriens zu versinken. Und wie lange gedenkt es eigentlich „krank“ zu sein — und übrigens auch andere krank zu machen?

Haben wir nicht zwei Jahre lang, von 1954 bis 1956 — zwei Jahre, die allen Nordafrikanern sehr lang erschienen sind —, mit allen Mitteln versucht, Frankreich in Algerien zu schonen? Haben wir nicht, vom Projekt der Konferenz mit *Ben Bella* in Tunis bis zum Angebot unserer guten Dienste, das Aeüßerste versucht, uns reserviert zu verhalten — obwohl das unserer öffentlichen Meinung sehr schwer gefallen ist — und eine zukünftige französisch-nordafrikanische Zusammenarbeit nicht zu belasten? Frankreich ist uns dafür nicht nur nicht dankbar gewesen und hat unsere Angebote ausgeschlagen — was immerhin sein gutes Recht war —, es hat auch in dieser ganzen Zeit selbst keine Lösung gefunden.

Im Gegenteil, alles hat sich noch verschlimmert, für die Algerier, für die Franzosen, für die Tunesier und für die Marokkaner. Frankreich hat immer wieder behauptet, daß das Algerienproblem eine französische Angelegenheit sei. Auf alle Fälle läßt sich nicht leugnen, daß dieses Problem seit vier Jahren über Frankreich hinausgewachsen ist. Während dieser Zeit hat sich viel ereignet, überall, im Mittleren Osten, in Nordafrika, in der ganzen Welt. Jeden Monat zeigt sich das algerische Problem in einer neuen Perspektive, die nach und nach darauf hinauslaufen soll, uns ganz auszuschließen, und es scheint, als sollten wir, obwohl wir unmittelbar betroffen sind, einfach abwarten, bis die Truppen des Herrn *Massu* mit ihrer Vernichtungsaktion fertig sind!

Ich will gern alles verstehen oder wenigstens so tun, als ob ich es verstünde, aber Frankreich sollte wenigstens zugeben, daß es mit seinen Methoden und Prinzipien allein nicht imstande war, in dreieinhalb Jahren den algerischen Konflikt zu lösen. Denn ich tue wohl den Verantwortlichen kein Unrecht an, wenn ich glaube, daß sie auch mit Hilfe der Aktion „Fraternisation“ keine konstruktive Politik aufbauen werden.

Was konnte es schon für die Zukunft bedeuten, daß man alle diese Männer und Frauen aufs Forum<sup>6</sup> führte, selbst wenn sie ganz ehrlich waren (was, nach allem, schwer zu glauben ist)? Auf dem Forum war kein einziger Vertreter der FLN, und Sie wissen sehr gut, daß das Ihre wirklichen Gesprächspartner sind. Nun, wenn Frankreich sich eines Tages entschließen wird, mit ihnen zu verhandeln, ist es dann nicht besser, wenn sie größtmögliche Autorität besitzen? Im übrigen wissen Sie genau, daß sie sie bereits haben. Die Hälfte oder gar zwei Drittel der Welt haben das anerkannt. Die Franzosen haben die FLN nicht vernichtet. Sie ist niemals stärker gewe-

<sup>5</sup>) Anmerkung der Schriftleitung: Zur Konferenz von Brazzaville vgl. Europa-Archiv 14/1957, S. 10 018, Anm. 7. In seiner Rede in Constantine am 12. Dezember 1943 versprach General *de Gaulle* den Mohammedanern Algeriens die vollen staatsbürgerlichen Rechte, die Verstärkung ihrer Beteiligung an der Selbstverwaltung und ihre Zulassung zu öffentlichen Aemtern.

<sup>6</sup>) Anmerkung der Schriftleitung: Zur Kundgebung auf dem Forum in Algier am 13. Mai vgl. den vorangegangenen Beitrag von Günter Schütze, S. 10 890 f., ferner ebenda, Anm. 20, 21, 22.



sen! Alle diejenigen, welche die Rede *Clostermanns*<sup>7</sup> gelesen haben, wissen es! Auch bevor ich diese Rede las, zweifelte ich nicht, daß es so wäre.

Es gibt sogar noch etwas weit Wichtigeres in diesem Augenblick: die Führer der FLN machen Politik; sie passen sich an, sie machen beträchtliche Fortschritte und zeigen eine überraschende Reife. Alles, was man früher über sie sagte, ist überholt: sie sind gewissenhaft, verantwortungsbewußt, sie wissen, was sie wollen, und diese erzwungenen oder resignierten Verbrüderungen ändern nichts an den Gegebenheiten des Problems. Wenn ich jetzt sehe, wie man auf diese künstliche Verbrüderung für die Zukunft spekuliert, was soll ich dann anderes sagen, als daß Frankreich hinter der Geschichte einherhinkt, daß es seine Wünsche für Realitäten nimmt und daß es auf das, was man für seine „nordafrikanische Rolle“ hielt, nicht vorbereitet ist?

Nein, soviel läßt sich sagen: wir sind einer vom anderen weit entfernt. Darüber darf es kein Mißverständnis mehr geben. Die FLN weiß das alles genau und macht sich keine Illusionen. Wissen Sie, was ihre Führer sagen? Im Gegensatz zu dem, was man von ihnen glaubt, rechnen sie durchaus nicht damit, die französische Armee zu besiegen. Es genügt ihnen, sich zu halten und zu warten, bis früher oder später Frankreich isoliert ist — denn nach und nach stellt sich die ganze Welt auf unsere Seite — und bis es zerfällt. Die „Ultras“ von Algier glauben wohl, am 13. Mai einen Sieg errungen zu haben? Diese Dummköpfe! Es gibt nur einen Sieg, und den hat die FLN errungen. Durch die „Ultras“ ist Frankreich in zwei Teile gespalten, steht es am Rande des Bürgerkriegs, ist seine Wirtschaft am Ende, wird es immer abhängiger.

Dieser Sieg der FLN befriedigt übrigens niemanden; er nützt niemandem! Ich kann Ihnen sogar sagen, daß es mir in manchen Augenblicken so vorkommt, als würden wir noch Schrecklicheres erleben, eine Art „finsternes Mittelalter“, historische Zeiten wie die, welche dem Sturz des römischen Kaiserreichs oder dem Fall von Byzanz folgten, voll der Verwirrung und Anarchie, des Aufruhrs verstörter Völker, in dem sich alles auflöst. Und das allein, weil Frankreich nicht die Verantwortung zu tragen vermag, die es in seiner Geschichte übernommen hat, weil es nicht die Kraft hat, die totale Neuordnung seines früheren Imperiums durchzuführen.

Ich habe mir oft gesagt, daß ein General *de Gaulle* dazu geschaffen sei, solche Dinge zu verstehen; aber jetzt wird man, wie ich schon zu Anfang sagte, bald sehen, ob dieser große Mann fähig ist, zunächst die reaktionäre Welle zu beherrschen, die ihn zur Macht getragen hat, und danach für sein Land eine Form

von Größe zu finden, die sich nicht in Anmaßung und Herrschsucht offenbart. Denn hier ist noch etwas, was beunruhigend bleibt: der Komplex der Größe! Darin, daß Frankreich groß sein will, können wir nur Vorteile sehen, aber wenn dieser Wunsch nach Größe für uns den Verbleib in untergeordneter Stellung, die Assoziierung unter Zwang, kurz ein falsches Verhältnis, eine Illusion von Liberalismus, von „Großzügigkeit“ — wie man manchmal mit Verachtung sagt — in sich trägt, dann läuft es für uns auf dasselbe hinaus. Jeder Franzose muß sich, selbst wenn er davon nicht begeistert ist, mit der vollständigen Unabhängigkeit, totalen Souveränität und unantastbaren Würde aller bisherigen Kolonialvölker abfinden.

Und das gilt auch für Algerien. Wie Sie auch das Problem anfassen, immer werden Sie auf diese Forderung stoßen. Daß man das *ein Jahr lang* als schmerzlich, dramatisch, oder wie Sie sonst wollen, empfindet, gut! Wir haben die französischen Führer geschont, weil wir ihre Schwierigkeiten verstanden. Daß man sagt, es sei in Algerien schwieriger als anderswo, es gebe dort ganz besondere Probleme, ist *ein Jahr lang* ebenfalls verständlich. Aber können Staatsmänner wirklich, wie in Indochina, eine Verschleppung um sieben Jahre ernsthaft ins Auge fassen? Hat Frankreich wirklich versucht, in Algerien etwas anderes zu tun, als Krieg zu führen oder Frieden zu stiften mit Methoden, die dem vergangenen Jahrhundert angehören? Ist es nicht so, daß diese antiquierten Methoden nur vorübergehend Erfolg hatten, und auch das nur dank der Unterstützung der Welt (die sich jetzt im Gegensatz zu früher zugunsten der kolonialen Völker auswirkt)?

Sie bitten mich, eine Tür offen zu lassen, einen Aufruf ergehen zu lassen — noch einen! —, eine Hoffnung zu geben.

Gewiß, selbst wenn ich es leid bin, auf Frankreich zu hoffen, habe ich nicht das Recht, das zu ignorieren, was kommen kann. Das Wunder, nicht wahr! Aber jetzt brauchen wir Taten. Zum Beispiel: Will Frankreich wirklich sofort ein nützliches und aufrichtiges Gespräch mit uns? Gut! Dann räume es sofort das tunesische Staatsgebiet! Es wird keine Zwischenfälle mehr geben, und das allein wird die Atmosphäre reinigen. Dann soll es die tunesische Souveränität über einen Teil des tunesischen Gebietes proklamieren: ich meine Bizerta. Später kann man dann über die Benutzung des Stützpunktes verhandeln.

Wie soll ich Vertrauen haben in die verfilzten Verhandlungen, die seit Monaten geführt werden — übrigens mit Männern, die guten Willens sind —, wenn man mir sagt, daß die Armee in Algerien gar nicht die Stationierung von französischen Truppen in Tunesien fordert, daß diese französischen Truppen nichts anderes wollen als abziehen, und wenn man

<sup>7</sup>) Anmerkung der Schriftleitung: Zur Rede des Abgeordneten *Clostermann* in der Nationalversammlung am 13. Mai vgl. S. 10 885 dieser Folge, Anm. 4.



dann an diesen Abzug so kleinliche, ständig wechselnde Bedingungen knüpft? Woher soll ich den Eindruck haben, daß hier eine große Politik gemacht oder eine große Zukunft vorbereitet wird? Und wenn Sie andererseits nach Sakiet und allen Berichten, die man uns über den Algerienkrieg gegeben hat, nicht genug psychologisches Einfühlungsvermögen haben, um zu verstehen, daß für die nächste Zeit die französische Militäruniform für uns einen aufreizenden Anblick bietet, worauf soll ich dann warten?

Aber bitte: das wäre ein entscheidender Schritt!

Zieht ab! Eure Armee soll doch endlich räumen! Ich will nicht mehr länger den Anblick der Uniform ertragen! Ich will nicht mehr unter Druck verhandeln! Und dann kommt wieder: Ihr werdet besser empfangen werden. Wir werden miteinander reden. Und wenn Ihr diese an ein Wunder grenzende Umstellung vollzogen habt, dann werden wir nützliche und gewinnbringende Gespräche führen.

Erstveröffentlichung: *L'Express* vom 5. Juni 1958. Copyright: *L'Express et Mondiale Presse*. Uebersetzung des EA. Nachdruck, auch auszugsweise, nicht gestattet.

## Dokumentarischer Anhang:

Die Vereinbarungen vom 17. Juni 1958 über den Abzug der französischen Streitkräfte aus Tunesien

### Französisches Kommuniqué

Am 17. Juni 1958 wurde in Tunesien zwischen der französischen und der tunesischen Regierung ein Uebereinkommen zur Regelung der militärischen Probleme getroffen, die monatelang zwischen beiden Ländern zu ernststen Schwierigkeiten geführt hatten.

Dieses Uebereinkommen garantiert die weitere Stationierung französischer Streitkräfte in dem Stützpunkt Bizerta und die unverzügliche Wiederaufnahme ihrer normalen Tätigkeit.

Das Uebereinkommen enthält die Verpflichtung beider Regierungen, in kürzester Frist Verhandlungen über die Modalitäten des zukünftigen Statuts dieses Stützpunktes zu beginnen.

Die französischen Truppen, die sich außerhalb der Zone von Bizerta noch in Tunesien befinden und deren Stärke sich auf ungefähr 7000 Mann beläuft, werden in einer Frist von vier Monaten abgezogen und somit für andere Aufgaben verfügbar werden.

Ab sofort werden die Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit aufgehoben.

Das Uebereinkommen wird dem französischen Botschafter, Herrn Georges Gorse, die Rückkehr auf seinen Posten gestatten; er wird sofort mit der tunesischen Regierung Verhandlungen über die zwischen beiden Ländern noch offenstehenden Probleme beginnen.

### Tunesisches Kommuniqué

Heute, am 17. Juni 1958, fand um 19.30 Uhr ein Austausch von Briefen zwischen Herrn Jean-Pierre Bénard, Geschäftsträger der französischen Botschaft, und Herrn Dr. Sadok Mokaddem, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, statt, demzufolge die französische und die tunesische Regierung den Abzug aller in Tunesien stationierten französischen Streitkräfte, mit Ausnahme von Bizerta, vereinbart haben; der Abzug wird sich nach einem festen Zeitplan vollziehen.

Nach erfolgtem Abzug der Truppen werden zwischen beiden Regierungen Gespräche über die Errichtung eines provisorischen Regimes für den Luft- und Seestützpunkt Bizerta beginnen.

Quelle: *Le Monde*, Nr. 4169 vom 19. Juni 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué der Konferenz der Länder des Maghreb in Tunis vom 17. bis zum 20. Juni 1958

Delegationen der tunesischen und der marokkanischen Regierung und des CCE\* sind am 17., 18., 19. und 20. Juni in Tunis zu einer Konferenz zusammengetreten.

Die Konferenz hat die sogenannte Integrationspolitik, die von der neuen französischen Regierung im Gefolge der Ereignisse des 13. Mai eingeschlagen wurde, aufmerksam untersucht.

Sie ist der Ansicht, daß die Annahme einer solchen Politik einen gewissen Rückschritt, selbst in bezug auf die von den bisherigen französischen Regierungen verfolgte Politik, bedeutet.

Die Konferenz stellt fest, daß diese Politik nur die Intensivierung eines mörderischen Krieges gegen ein Volk zur Folge hat, das entschlossen ist, Widerstand zu leisten und zu kämpfen, um keine andere Nationalität als die algerische und keine andere Existenz als die eines freien und friedlichen Volkes zu haben.

Infolgedessen lehnt sie jedes Integrationssystem ab, das von den Völkern Nordafrikas wiederholt mißbilligt wurde.

Den in Tanger angenommenen Prinzipien und Resolutionen treu, proklamiert die Konferenz feierlich den unabdingbaren Anspruch des algerischen Volkes auf Souveränität und Unabhängigkeit, welche die einzige Bedingung für die Lösung des französisch-algerischen Konfliktes sind.

Nach Prüfung der internationalen Lage beschließt die Konferenz, auf diplomatischer Ebene eine gemeinsame Aktion mit dem Ziel einer friedlichen Regelung des algerischen Problems durchzuführen.

Sie nimmt zur Kenntnis, daß die marokkanische und die tunesische Regierung bereit sind, nach geeigneten Mitteln zur Beendigung des Algerien-Krieges zu suchen.

Die Konferenz gibt außerdem ihrer Befriedigung Ausdruck über die Vereinbarungen zur Evakuierung der französischen Truppen aus Tunesien und bekundet ihre volle Solidarität mit der Regierung und dem Volk Marokkos bei der von ihnen eingeleiteten Aktion, die Evakuierung der ausländischen Truppen aus Marokko zu erreichen.

Quelle: *Le Monde*, Nr. 4172 vom 22. bis 23. Juni 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

\*) „Comité de coordination et d'exécution“ der algerischen Nationalen Befreiungsfront (FLN).



## Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt und den Außenhandel

Empfehlungen des französischen Wirtschaftsrates vom 12. Juni 1958

Der Wirtschaftsrat ist seit langem bemüht, eine langfristige Politik zur Verbesserung unserer Außenhandelsbilanz zu formulieren, doch erfordert das wachsende Defizit der Außenhandelsbilanz Frankreichs sofortige Maßnahmen.

Darum hat der Wirtschaftsrat die Untersuchung des Problems der wirtschaftlichen Expansion unter den Perspektiven des Gemeinsamen Marktes und des Außenhandels seiner Wirtschafts- und Planungskommission anvertraut, die Herrn André Philip mit der Ausarbeitung des Berichtes beauftragt hat. Dieser hat klar festgestellt, daß die Maßnahmen, die er empfiehlt, nur kurzfristig Gültigkeit haben.

### *I. Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts — Bisherige Ergebnisse*

Im Januar 1958 hat Frankreich von der OEEC, dem Währungsfonds und der amerikanischen Regierung eine Auslandshilfe von 655 Millionen Dollar erhalten, wofür unsere Regierung nur das Versprechen abzugeben hatte, ein dauerhaftes inneres Gleichgewicht zu schaffen.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Regierung Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielten, durch globale Methoden die Nachfrage im Inland einzuschränken, und zwar sowohl durch Kreditrestriktionen als auch durch die Reduzierung bestimmter Investitionen.

Trotz dieser Maßnahmen wiesen die Importe eine steigende Tendenz auf, während die Exporte nicht den anfänglich in Aussicht genommenen Anstieg erreichten. Mit 250 Millionen Dollar für die ersten fünf Monate bleibt das Defizit unserer Zahlungsbilanz äußerst ernst.

Die Importe verzeichnen tatsächlich einen stärkeren Anstieg als im Jahre 1957, und das trotz des Preisrückgangs für Rohstoffe und Frachten. Daher besteht auf absehbare Zeit wenig Hoffnung auf eine schnelle und nachhaltige Verbesserung unserer Zahlungsbilanz, und die Mittel, die Frankreich dank ausländischer Anleihen erhalten hat, sind der Gefahr ausgesetzt, vor Jahresende aufgebraucht zu sein.

Eine solche Situation ist dazu angetan, in Frankreich einen drastischen Produktionsrückgang hervorzurufen. Unser Land müßte dann seine Partner in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in der OEEC und im GATT ersuchen, die verschiedenen Sicherheits- und Ausnahmeklauseln, die in den einzelnen Verträgen vorgesehen sind, in Anspruch nehmen zu dürfen.

### *II. Die internationale Lage*

Die Lage Frankreichs wird in dem Augenblick ernst, in dem sich auf Grund der Auswirkungen der amerikanischen Krise den Exporten der einzelnen Länder wachsende Hindernisse in den Weg stellen.

Der Berichterstatte nimmt eine Untersuchung der Krise in den Vereinigten Staaten vor: Die Stahlproduktion geht zurück; auf dem Automobil-Sektor häufen sich bei gleichzeitig nachlassendem Produktionsrhythmus die unver-

kauften Bestände. Mehr als fünf Millionen sind arbeitslos; die Investitionen gehen zurück.

Zweifellos handelt es sich nicht um eine dem Jahre 1929 analoge Krise, aber nichtsdestoweniger handelt es sich um eine ernste Krise.

Die amerikanische Rezession beginnt, alle anderen Länder der Welt, besonders die unterentwickelten Länder und Westeuropa, ernstlich zu bedrohen.

Auf Grund der geringeren Käufe der Vereinigten Staaten sind die Rohstoffpreise tatsächlich um durchschnittlich 8 vH gegenüber dem Jahre 1957 zurückgegangen. Schon eine Verminderung der Exporterlöse der unterentwickelten Länder um durchschnittlich 4 vH bedeutet für diese jedoch einen Verlust, der größer ist als alle internationalen öffentlichen und privaten Investitionen, die auf ihren Territorien vorgenommen werden.

Zweifellos profitieren die europäischen Länder für kurze Zeit vom Preisrückgang der Rohstoffe, aber ihre Exporte in unterentwickelte Länder bringen ihnen nur noch auf sehr lange Sicht Erträge und sind der Gefahr eines starken Rückgangs ausgesetzt.

Die europäischen Länder reagieren verschieden auf diese Situation: die Wirtschaft Großbritanniens wurde auf Kosten einer Beschränkung der Nachfrage im Inland wiederhergestellt, die der industriellen Expansion ein Ende gesetzt hat.

Deutschland, das eine aktive Zahlungsbilanz aufweist, hat eine Politik der Preisstabilisierung verfolgt, die eine Beschränkung der Expansion und ein Nachlassen der Nachfrage im Inland hervorgerufen hat und die Unternehmen mehr auf die Exportmärkte orientierte. Deutschland befindet sich somit im Falle einer allgemeinen Verbreiterung der Depression, die in den anderen Ländern Importbeschränkungen nach sich ziehen könnte, vor der Gefahr eines plötzlichen Rückgangs seiner Ausfuhr und damit einer Wirtschaftskrise, die ernst werden könnte.

### *III. Empfehlungen des Wirtschaftsrats für Maßnahmen auf internationaler Ebene*

Der Wirtschaftsrat ist der Ansicht, daß die unerläßlichen inländischen Maßnahmen von Initiativen begleitet sein müssen, die eine Expansion des internationalen Handels zum Ziele haben.

Er ersucht infolgedessen die französische Regierung, die Initiative zur schnellen Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz zu ergreifen, zur Herbeiführung:

einer ausreichenden Stabilisierung der Preise für Rohstoffe und Frachten;

einer Erweiterung der öffentlichen und privaten Investitionen in Ländern, die einer Hilfe dieser Art bedürfen, um ihre wirtschaftliche Aktivität und ihren Warenaustausch mit den übrigen Ländern zu steigern; einer Verminderung des Ungleichgewichts, das augenblicklich zwischen den verschiedenen internationalen Währungsreserven besteht;



entweder durch eine massive Senkung der Zölle und die Aufhebung anderer Handelshindernisse seitens der Gläubigerländer sowie durch die Bereitstellung bedeutender Kredite an Schuldnerländer oder durch eine diesen Ländern erteilte Genehmigung, diskriminierende Importbeschränkungen gegenüber Ländern mit knapper Währung vorzunehmen.

#### IV. Die Lage Frankreichs — Maßnahmen zur Besserung dieser Situation

Im Augenblick ist das wachsende Defizit unserer Handelsbilanz nur ein Resultat dessen, was man mit gutem Recht das „französische Wunder“ nennen könnte.

Trotz der außergewöhnlichen Finanzbelastungen hat Frankreich seine Produktion und sein Einkommen im gleichen Maße wie Deutschland und in größerem Maße als Großbritannien gesteigert. Im Jahre 1957 betrugen seine Investitionen 18,9 vH des Volkseinkommens. Die Kredite für die Wirtschaft wurden erhöht. Wenn die Expansion aufrechterhalten wurde, so geschah das zum Teil durch das Außenhandelsdefizit. Aber durch die Blockierung des Preisindex haben die Behörden den Mißerfolg einer durch die allgemeine Preissteigerung unerläßlich gewordenen Währungsoperation vorbereitet.

1. Der Wirtschaftsrat ist der Ansicht, daß jede Politik vermieden werden müßte, die den Ausgleich der Zahlungsbilanz durch eine neue Aenderung des Wechselkurses oder durch eine allgemeine und massive Beschränkung des Kredits, der Investitionen oder des Imports erreichen will.

Tatsächlich würde jede neue Währungsmaßnahme, welche Form sie auch annähme, insbesondere die Einführung eines flexiblen Franc-Kurses, wegen unserer mangelnden Devisenreserven unwirksam sein.

Die allgemeinen Kreditrestriktionen würden die Gefahr einschließen, eine wachsende Zahl von Unternehmen in eine schwierige Lage zu bringen und die Produktion zu verringern, also Störungen in der französischen Wirtschaft nach sich zu ziehen.

Unterschiedslose Investitionsbeschränkungen könnten die Zukunft des Landes in einem Augenblick gefährden, da es sich den neuen Wettbewerbsbedingungen im Rahmen des Gemeinsamen Marktes anpassen muß.

Schließlich würde die Notwendigkeit, mangels ausreichender Devisen den Import von Rohstoffen und energetischen Produkten drastisch einzuschränken, eine äußerst ernste Wirtschaftskrise nach sich ziehen.

Ganz allgemein würde die Beendigung oder Verlangsamung der Expansion, indem sie die Modernisierung verlangsamt, Frankreich gegenüber seinen Partnern in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in eine nachteilige Position versetzen.

2. Unter diesen Umständen muß man jede globale oder massive Maßnahme ausschalten und dafür besondere, einander angepaßte und ausgewogene Maßnahmen finden, die das Ziel haben, erstens den Export anzuregen und nur die nicht unbedingt notwendigen Importe zu reduzieren und zweitens die inländische Nachfrage nach denjenigen Produkten einzuschränken, die einen großen Prozentsatz des Imports ausmachen oder die für den Export geeignet sind.

Man muß sich auch um eine Reorganisation der Struktur der Produktion und der Verteilung bemühen, damit die Selbstkostenpreise durch gesteigerte Produktivität herabgesetzt werden können.

Zu einer solchen Politik gehört die Bemühung um eine Reduzierung der nicht unbedingt notwendigen zivilen und militärischen Ausgaben und gleichzeitig eine Bemühung derer, die über bedeutende Mittel verfügen.

Eine solche Politik setzt auch eine Auswahl voraus. Die Empfehlung des Rates sieht Maßnahmen vor, die zur Erzielung dieses Resultats ergriffen werden könnten.

Auf dem Gebiet des Exports ist es möglich, sich Devisen in harter Währung zu verschaffen oder sie zu ersparen.

Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Exporte können Fortschritte gemacht werden. Den exportierenden Unternehmen könnten größere Kredit- oder Steuervorteile gewährt werden. Den Unternehmen, die inländische Güter verarbeiten und dadurch Importe ersparen, könnten die gleichen Vorteile gewährt werden.

Auch eine Vergrößerung der Vorteile, die ausländischen Touristen gewährt werden, wäre nicht ohne Wirkung.

Es gibt Mittel, bestimmte Importe zu beschränken: Man kann darauf achten, daß die Lager der Unternehmen nicht zu groß werden, man kann den Import von landwirtschaftlichen Produkten, Erdöl und Textilrohstoffen einschränken, indem man französische Quellen ausnutzt.

Es ist möglich, den Kauf einiger dieser Produkte in Währungszonen zu tätigen, in die unsere Ausfuhr zunimmt: das wäre bei Erdöl der Fall, das in der Sowjetunion gekauft werden könnte.

Schließlich müßte die inländische Nachfrage nach bestimmten Gütern, die den Import belasten oder die in stärkerem Maße exportiert werden könnten, abgeschwächt werden.

Dazu muß von der französischen Produktion von vornherein das Kontingent einbehalten werden, das zur Ausnutzung aller Möglichkeiten für den Verkauf im Ausland gebraucht wird, sei es bei Automobilen, sei es bei Champagner und Trinkbranntweinen.

Die Ausnutzung aller inländischen Quellen würde es ermöglichen, Ueberschüsse für den Export frei zu machen, besonders auf den Gebieten des Gütertransports und des Konsums von Rindfleisch, der durch den Konsum von Schweinefleisch und von Produkten der Geflügelzucht ersetzt werden müßte.

Eine solche Reduzierung der Nachfrage mit dem Ziel, exportfähige Ueberschüsse frei zu machen, sollte mit verschiedenen, der besonderen Situation bei dem jeweiligen Produkt angepaßten Mitteln verfolgt werden, wobei man der Notwendigkeit Rechnung tragen muß, daß wir unserer Verantwortung gegenüber der heranwachsenden Jugend gerecht werden, die Vollbeschäftigung aufrechterhalten, den Lebensstandard der Volksmassen erhalten und die notwendigen Opfer gerecht verteilen, indem wir die größte Anstrengung von denen verlangen, die über bedeutende Reserven verfügen oder einen besonders hohen Lebensstandard haben.

\*

Der Wirtschaftsrat hat in seiner Plenarsitzung am 12. Juni 1958 den Vorschlag über die auf internationaler Ebene empfohlenen Maßnahmen mit 138 Stimmen gegen 1 Stimme bei 10 Stimmenthaltungen und den Vorschlag über die auf nationaler Ebene empfohlenen Maßnahmen mit 99 gegen 8 Stimmen bei 37 Enthaltungen angenommen.

Quelle: *Travaux du Conseil économique*, Nr. 3 vom 15. Juni 1958. Übersetzung des Europa-Archivs.



## Informationen und Berichte

### Zehn Jahre

#### wirtschaftliche Zusammenarbeit in der OEEC

*Der 9. Jahresbericht des Europäischen Wirtschaftsrates*

Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) hat seit Beginn seines Bestehens die von ihm veröffentlichten Jahresberichte jeweils unter ein allgemeines und oft weit umgreifendes Thema gestellt. Seine alljährlichen Veröffentlichungen sind von Anfang an mehr gewesen als kurzfristige Bilanzen seiner Tätigkeit während des Berichtszeitraumes. So versuchte sich die OEEC im vergangenen Jahre beispielsweise an der heiklen Aufgabe, mittelfristige Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung der 17 Mitgliedsländer zu stellen („Europa heute und 1960“). In diesem Jahre nun hat sie Anlaß, ihre Überlegungen zur europäischen Wirtschaftsintegration in einen noch weiter gesteckten zeitlichen und thematischen Rahmen einzubauen; sie berichtet über die Ergebnisse und Aussichten ihrer Arbeit während der vergangenen zehn Jahre ihres Bestehens („A Decade of Co-operation; Achievements and Perspectives“). Die rückblickende und zugleich auf zukünftige Lösungen bedachte Darstellung ergibt im einzelnen folgendes Bild:

Der *Europäische Wirtschaftsrat* ist auf Initiative des amerikanischen Außenministers George C. Marshall ins Leben gerufen worden; am 5. Juni 1947 regte er in seinem berühmt gewordenen Vortrag in der Harvard-Universität an, daß sich die europäischen Länder zusammentun sollten, um mit amerikanischer Hilfe ein gemeinsames Programm zur wirtschaftlichen Erneuerung durchzuführen. Während der Verhandlungen über die Konstituierung einer europäischen Organisation, die mit dieser Aufgabe betraut werden sollte, verabschiedete der amerikanische Kongreß ein umfangreiches Hilfeprogramm zugunsten der europäischen Länder (European Recovery Program). Am 16. April 1948 wurde die Konvention für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet und die OEEC als permanente Organisation eingerichtet. Die Sowjetunion und die anderen osteuropäischen Länder lehnten eine Mitarbeit ab. 1950 wurden die Vereinigten Staaten und Kanada assoziierte Mitglieder der OEEC.

Hauptziel des *europäischen Wiederaufbauprogrammes* war es, die europäischen Wirtschaften bis Mitte 1953 von der amerikanischen Kapitalhilfe unabhängig zu machen. Zu diesem Zweck wurden nationale Produktionsprogramme, und zwar unterteilt nach den verschiedenen Wirtschaftssektoren, von der OEEC entworfen und mit den bereitgestellten amerikanischen Finanzmitteln durchgeführt. Dadurch wurde es möglich, daß die lebensnotwendigen Einfuhren in den Mitgliedsländern aufrechterhalten und die Investitionen erhöht werden konnten, beides unter gleichzeitiger Sicherung einer zureichenden Konsumrate.

Als Folge der Korea-Krise und der damit verbundenen Wiederbewaffnungslasten wurden 1951 langfristige Umstrukturierungen der europäischen Wirtschaften erforderlich. Die OEEC setzte sich zum Ziel, das Produktionsniveau in Europa innerhalb von fünf Jahren um 25 vH zu erhöhen. Tatsächlich ist dieser Produktionsplan bis 1956 fast voll erfüllt worden.

1956 betrachtete die OEEC die Erholungsphase der europäischen Wirtschaften als beendet. Von nun an war eine weit geringere Ausweitung des Arbeitsvolumens zu erwarten. Wenn sich also die Erhöhung der Produktivität im gleichen Umfang fortsetzen sollte, so war eine stärkere Ausweitung der Investitionen erforderlich. Außerdem erkannte man, daß die zukünftigen Bemühungen insbesondere darauf würden gerichtet werden müssen, die Wirtschaftsstruktur flexibler zu gestalten, um sie den veränderten Nachfragebedingungen besser anpassen zu können.

Was den *europäischen Außenhandel* betrifft, so erklärte die OEEC bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit, daß die Beseitigung des europäischen Zahlungsdefizits gegenüber der restlichen Welt möglich sein werde, wenn sich der inter-europäische Handel erheblich vergrößere. Sie entwarf deshalb im August 1950 einen Liberalisierungskodex, der zum Ziel hatte, die bestehenden mengenmäßigen Beschränkungen abzubauen. Als Folge dieser Maßnahme hatte sich bis 1953 in der Tat der inter-europäische Handel um ein Drittel des Vorkriegsstandes erhöht. Heute beträgt der Liberalisierungsprozentsatz für private Importe durchschnittlich 90 vH und für Nahrungsmittel, Rohmaterialien und Fertigprodukte 75 vH.

Im Verlaufe dieser allmählichen Liberalisierung wurde deutlich, daß mit jeder neuen Beseitigung von mengenmäßigen Beschränkungen die Zölle an Bedeutung zunehmen. Aus dieser Erfahrung ergaben sich deshalb neue Impulse zur europäischen Integration, die sich in der Begründung der Benelux-Zollunion, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und, am eindrucksvollsten, in dem Vertragswerk der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft niederschlugen.

Auch im *Zahlungsverkehr* waren drastische Reformen nötig. Nach dem Kriege bestanden fast überall strenge Vorschriften über die Devisenbewirtschaftung. Da jedes Land mit jedem Partnerland ein bilaterales Gleichgewicht erzielen mußte, kamen die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung, d. h. der bestmöglichen Ausnutzung von Produktivkräften in jedem Land, nicht zum Zuge. Der erste Versuch, eine allgemeine Konvertibilität einzuführen, scheiterte im August 1947. In der Folge versuchte man den inter-europäischen Handel durch eine Reihe von „Ausgleichsabkommen“ (in der Form von „conditional aid“) zu erleichtern. Entscheidend aber für den Bereich des Zahlungsverkehrs war die Begründung der Europäischen Zahlungsunion im September 1950. Ihr Wesen bestand darin, daß jedes Land die Guthaben und Schulden gegenüber jedem anderen Mitglied aufrechnen konnte, so daß sich als Saldo nur ein Debet- oder Kreditposten gegenüber der gesamten Union am Ende jedes Monats ergab. Hinzu kam, daß den Schuldnerländern von der EZU ein gewisser Teil ihres Defizits automatisch gestundet wurde. Die Korea-Krise hat diesen gesamteuropäischen Mechanismus außerordentlich starken Belastungen ausgesetzt, so daß Sonderkredite zunächst an Deutschland, dann an Frankreich und Großbritannien zur Ueberwindung der Zahlungsschwierigkeiten erforderlich wurden. Im Laufe der Zeit ist die EZU den allgemeinen



Erfordernissen einer weltweiten Konvertibilität immer näher gebracht worden, indem die automatische Kreditlinie allmählich eingeengt und entsprechend der in Gold abzudeckende Anteil am Defizit erhöht wurde. Außerdem wurden bilaterale Abkommen getroffen, welche die Rückzahlung aufgelaufener Schulden regeln. Eine weitere Entwicklung in dieser Richtung war das „Schubladenprojekt“ eines Europäischen Währungsabkommens vom 5. August 1955, das in dem Augenblick in Kraft treten wird, wenn der Uebergang von der EZU zur allgemeinen Konvertibilität erfolgt.

Eines der schwierigsten Probleme der OEEC war die Erhaltung der *Währungsstabilität* in ihren Mitgliedsländern. Das Ungleichgewicht zwischen dem unzureichenden Produktionsniveau und der erhöhten Verbrauchsneigung nach dem Kriege verursachte ernste inflationistische Spannungen. Erst 1950 schien der Kampf gegen die Nachkriegsinflationen mit einigem Erfolg abgeschlossen. Zwischen 1950 und 1952 jedoch machten sich, wiederum als Folge des Korea-Krieges, neue Preiserhöhungen bemerkbar. Die Rohmaterialpreise stiegen während mehrerer Monate außerordentlich stark an und führten zu Preis- und Lohnerhöhungen, die auch durch währungspolitische Restriktionsmaßnahmen nicht eingedämmt werden konnten. Die Zeit von 1953 bis 1955 war dagegen durch relative Preisstabilität gekennzeichnet. Die darauf folgende dritte Nachkriegsperiode der Inflation reicht bis in die Gegenwart hinein. Diese jüngste Entwicklung hat ein fundamentales Ungleichgewicht der Zahlungsbilanzen einiger europäischer Länder im Gefolge. Der Bericht betont deshalb mit Nachdruck die Notwendigkeit zu stärkerer Koordinierung der Währungs- und Fiskalpolitik zwischen den europäischen Mitgliedsländern.

Die OEEC faßt in ihrem Rechenschaftsbericht die Erfahrungen in den vergangenen zehn Jahren dahin zusammen, daß trotz aller Fortschritte im Handels- und Zahlungsbereich immer noch eine Reihe *ungelöster Aufgaben* verbleibe. So sei es erforderlich, daß besonders im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten stärker als bisher die Handels-Hindernisse beseitigt würden. Auch die ungenügende Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer mache eine künftige Neuorientierung dringend erforderlich. Ferner sei das Zollproblem erst im Anfangsstadium seiner Lösung.

Zu den noch anstehenden Problemen rechnet der Bericht weiterhin eine angemessene Wirtschaftsexpansion zusammen mit einer Stabilität der Währungen. Diese Aufgabe werde durch das bereits erwähnte Ungleichgewicht im inter-europäischen Handel außerordentlich erschwert, da extreme Gläubiger- oder Schuldnerpositionen eine beträchtliche Vorbelastung für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in solchen Ländern darstellten. Ein Schritt in die Richtung stärker aufeinander abgestimmter Wirtschaftspolitik zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern sei zwar die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Dennoch erscheine gerade für die EWG, wegen der Interdependenz der europäischen Wirtschaften, das Erfordernis einer Assoziation auch der übrigen elf OEEC-Länder in Form einer europäischen Freihandelszone unabweislich. Auch gegenüber der übrigen Welt müsse Europa seinen Handel ausweiten, vor allem wäre eine wirksamere Liberalisierung der Dollar-Einfuhren wünschenswert. Dazu müßten freilich erhebliche Bemühungen vorausgesetzt werden, und zwar auf europäischer Seite durch Steigerung

der Dollarerträge mittels besserer Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaften und auf amerikanischer Seite durch eine liberalere Zoll- und Handelspolitik. Der Bericht erwähnt des weiteren die Entwicklungsprobleme und die Forderung nach stärkerer Freizügigkeit der Arbeit, die sich aus der Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit einzelner Länder im Süden Europas aufdrängen. Schließlich werden die Vorteile aufgeführt, die sich auf dem Gebiet der nuklearen Energie erzielen ließen, solange eine technische Zusammenarbeit zwischen den Ländern der OEEC gesichert ist.

Unbeschadet aller Erfolge, Rückschläge und noch verbliebener Aufgaben sei aber die Tatsache, daß man mit der OEEC eine Organisation errichtet habe, durch die die nationale Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer ständig überwacht werde, ein beachtliches Positivum. Es habe sich immerhin gezeigt, daß die ständigen Konsultationen sinnvoll und die nach dem Einstimmigkeitsprinzip getroffenen und für alle Mitglieder verbindlichen Entscheidungen praktisch und auch ökonomisch durchsetzbar seien. Einen ähnlichen Integrationserfolg habe es in keiner anderen Periode bisher gegeben.

N. Kohlhasse

#### Die Tagung des Generalrats der Sozialistischen Internationale in Brüssel

Die Tagung des Generalrates der Sozialistischen Internationale in Brüssel vom 12. bis zum 14. Juni 1958 — die erste größere Tagung seit dem Internationalen Kongreß in Wien<sup>1</sup> — stand ganz unter dem Eindruck des Systemwechsels in Frankreich, der sogar die Erörterungen, ob und inwieweit man in Verhandlungen mit der Sowjetunion zu einer Linderung der weltpolitischen Spannungen gelangen kann, zeitweise in den Hintergrund drängte. In der nach Brüssel entsandten Delegation der französischen Sozialdemokratie (SFIO) befanden sich sowohl Vertreter jener Richtung innerhalb der Partei, die in den Parteiberatungen und im Parlament für die Investitur *de Gaulles* gestimmt hatte, als auch Vertreter, welche die gegenteilige Entscheidung für die richtige hielten. Der frühere Minister Albert *Gazier*, einer jener Abgeordneten, die gegen *de Gaulles* Investitur gestimmt hatten, erstattete einen ausführlichen Bericht über die Geschehnisse in Algerien, Korsika und Paris, dessen Objektivität von *Jules Moch*, einem Repräsentanten des Flügels, der für die Investitur gestimmt hatte, voll anerkannt wurde. In der darauffolgenden Debatte äußerten Vertreter fast aller anwesenden Parteien ihre Besorgnis über die Tatsache, daß in Frankreich „eine Handvoll Generäle und Fallschirmspringer“ die Demokratie auszuschalten in der Lage war. Besonders lebhaft war begreiflicherweise die Besorgnis jener Parteien, deren Länder selbst durch eine Diktatur hindurchgegangen waren (Deutschland, Oesterreich, Italien). In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage erörtert, ob das Regime *de Gaulle* die Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag und aus dem Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einhalten werde. Eine einstimmig angenommene Resolution erklärt ihre Solidarität „mit den französischen Demokraten in ihrer Wachsamkeit und Bereitschaft, sich allen Elementen entgegenzustellen, die dem französischen Volk Verfassungsprojekte undemokratischen Charakters aufzwingen möchten“, und

<sup>1</sup> Vgl. Europa-Archiv 17—18/1957, S. 10 181.



nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, „daß alle Teile der Französischen Sozialistischen Partei deutlich den Wunsch und die Absicht ausgesprochen haben, die Einigkeit der Partei in der beispiellos schwierigen Lage, in der sie sich heute befindet, aufrechtzuerhalten“. Die Resolution spricht zum Schluß die Zuversicht aus, daß es der SFIO gelingen werde, „die demokratischen Freiheiten unter allen Umständen zu verteidigen“. Einige Delegationen, darunter die deutsche durch Erich Ollenhauer, sprachen aus, daß sie eine entschiedenere Formulierung begrüßt hätten; sie war vermieden worden, um eine Einigung innerhalb der französischen sozialistischen Bewegung nicht zu erschweren.

Das „große“ französische Problem hatte auch das damit in Zusammenhang stehende, nicht minder bedeutsame Problem Algerien verdunkelt. Hier hatte das Büro der Internationale in Zusammenarbeit mit der SFIO im April, also vor den letzten Ereignissen, einen Entwurf ausgearbeitet, der zum ersten Male in dieser Frage einen einheitlichen, auch von der französischen Partei unterstützten Standpunkt aller Mitgliedsparteien enthielt. Auf Grund des Berichtes der nach Algerien entsandten Studienkommission war eine Resolution ausgearbeitet worden, die eine Lösung des algerischen Problems durch friedliche Verhandlungen zwischen Frankreich und den Vertretern der verschiedenen algerischen politischen Gruppen auf der Grundlage einer Garantie demokratischer Freiheiten befürwortet. Auf Vorbedingungen, die einer Kapitulation gleichkommen, müßten alle beteiligten Parteien verzichten. „Die Internationale glaubt, daß die Verhandlungsbedingungen keine der größeren Konzeptionen ausschließen sollen, nämlich Integration von Algerien in Frankreich oder Selbstbestimmung für Algerien auf der Grundlage der Demokratie, begleitet von Garantien für die Rechte der Minderheiten.“ Der Generalrat hat diesen Vorschlag jetzt zum Beschluß erhoben, doch kommt ihm infolge der inzwischen eingetretenen Ereignisse nicht mehr die Bedeutung zu, die man ihm im April beigemessen hatte.

Die Debatte über die allgemeine politische Situation, die geplante Gipfelkonferenz, den Komplex der Abrüstungsfragen und die Pläne für ein „Disengagement“ wurde durch ein Referat von Hugh Gaitskell eingeleitet. Das Büro der Internationale hatte der Brüsseler Tagung einen Resolutionsentwurf vorgelegt, in dem die Abhaltung einer Gipfelkonferenz begrüßt und folgende Punkte für die Tagesordnung einer solchen Konferenz vorgeschlagen wurden: Einstellung der Kernwaffenversuche für einen begrenzten Zeitraum als erste Stufe auf dem Wege zu einem umfassenden Abrüstungsabkommen (hier werden die diesbezüglichen Beschlüsse des Wiener Kongresses vom Juli 1957 in Erinnerung gerufen), ein „Auseinanderücken“ der Mächte in Mittel- und Osteuropa und eine Entspannung im Mittleren Osten. Während es im ersten

und dritten Punkt keine Meinungsverschiedenheit gab, hatten sich die Auffassungen über das „Disengagement“-Problem in zwei Formeln kristallisiert, die miteinander zu verschmelzen sich als unmöglich erwies. Die von der Französischen Sozialistischen Partei ausgearbeitete Formel besagte:

„Loslösung in Mittel- und Osteuropa, die die Regelung politischer Probleme einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands erleichtert, in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Wunsch nach Entspannung in allen Berührungszonen, besonders in Europa, ohne die dauernde Notwendigkeit der Erhaltung des Gleichgewichtes der Sicherheit zu vernachlässigen, und als erste Stufe in der Verwirklichung eines umfassenden Abkommens über allgemeine und kontrollierte Abrüstung.“

Diese von Pierre Commin (Frankreich) und Alfred Mozer (Niederlande) vertretene Anschauung wendet sich also gegen Vorleistungen des Westens. Ihr hielt Gaitskell entgegen, daß ein allgemeines Abrüstungsabkommen im Augenblick unerreichbar sei und daß auch die Vertreter der gegenteiligen Ansicht das „Disengagement“ nur unter der Voraussetzung gutheißen, daß dadurch das Gleichgewicht in der Sicherheit nicht erschüttert wird. Herbert Wehner vertrat in der Debatte den Standpunkt der SPD. Die von der Labour Party gemeinsam mit der SPD vorgelegte Formel, die dann bei einigen Stimmenthaltungen gegen die Stimmen der französischen und der niederländischen Delegation angenommen wurde, lautet:

„Loslösung in Mittel- und Osteuropa, die die Regelung politischer Probleme einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands erleichtert, in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Wunsch nach Entspannung in allen Berührungszonen, besonders in Europa. Wiewohl es klar ist, daß das Gleichgewicht der Sicherheit in allen Stadien erhalten bleiben muß, könnte ein Lösungsplan es als Minimum möglich machen, ein Versuchsschema für eine kontrollierte Abrüstung einzurichten, das sich sowohl auf herkömmliche als auch auf Kernwaffen bezieht und wertvolle Erfahrungen für den Abschluß eines umfassenden Abkommens über kontrollierte Abrüstung bereitstellen sowie dessen Abschluß wesentlich erleichtern würde.“

Vor der politischen Debatte hatte Hendrik Vos (Niederlande) über den Stand der Verhandlungen zur Schaffung von SUNFED als Hilfsorganisation der Vereinten Nationen für die unterentwickelten Gebiete berichtet und den Vorschlag neuerlich unterstrichen, daß sich die entwickelten Länder bereit erklären sollten, 1 vH ihres Nationaleinkommens *à fonds perdu* alljährlich den Vereinten Nationen für diese Zwecke bereitzustellen. In der anschließenden Debatte betonte Aneurin Bevan die Dringlichkeit einer ausgiebigen Hilfeleistung an die unterentwickelten Länder.

J. W. Brügel



## Zeittafel vom 1. bis zum 15. Juni 1958

### Die Ereignisse in Europa

#### Belgien

1. Die Wahlen zur Abgeordnetenkommer und zum Senat ergeben folgende Sitzverteilung (in Klammern die Zahl der Sitze in den bisherigen Kammern):  
*Abgeordnetenkommer*: Christlich-Soziale Partei: 104 (95); Sozialisten: 84 (87); Liberale: 21 (24); Kommunisten: 2 (4); Flämische Nationalisten: 1 (1).  
*Senat*: Christlich-Soziale Partei: 54 (49); Sozialisten: 39 (42); Liberale: 10 (13); Kommunisten: 1 (2).

#### Bulgarien

- 2.—7. In Sofia findet der 7. Parteikongreß der Kommunistischen Partei statt, an dem an der Spitze einer sowjetischen Gastdelegation auch der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. Chruschtschow, teilnimmt. Der 1. Parteisekretär, Todor Shiwkoff, erklärt in seiner Rede, der „antimarkistische Standpunkt“ der Führer der jugoslawischen Kommunisten verhindere die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien. Der sowjetische Ministerpräsident, Chruschtschow, benutzt seine Rede vor dem Parteikongreß zu einem scharfen Angriff auf die jugoslawischen Kommunisten: sie seien nicht imstande, ihre „falschen Positionen“ aufzugeben, und hätten mit ihren Ausfällen und Handlungen während der Ereignisse in Ungarn großen Schaden angerichtet. Mit der Zurückweisung der sowjetischen Kritik an ihrem Parteiprogramm hätten die Jugoslawen sich selbst isoliert. Der Parteikongreß billigt die Richtlinien für den 3. Fünfjahrplan (1958—1962), die eine Steigerung der industriellen Produktion um 60 vH, die Beschleunigung der Entwicklung der Leicht- und Lebensmittelindustrie und die Verdoppelung der Erzeugung von elektrischer Energie vorsehen.

#### Deutschland

1. Der Bundesparteitag des Gesamtdeutschen Blocks/BHE in Bad Hersfeld wählt Frank Seiboth zum Parteivorsitzenden, nachdem der bisherige Vorsitzende, Friedrich von Kessel, auf eine neue Kandidatur verzichtet hat. Als Exekutive wählt der Parteitag ein siebenköpfiges Parteipräsidium. Das Präsidium wird beauftragt, die Bildung einer „Dritten Kraft“ zusammen mit der FDP und der DP anzustreben.
2. Die Bundesregierung veröffentlicht eine Erklärung zur Investitur des Generals *de Gaulle* als französischer Ministerpräsident. Darin heißt es, die Bundesregierung werde alles tun, um die bisherige freundschaftliche Zusammenarbeit auch mit der neuen französischen Regierung fortzusetzen. Die Grundlage dafür seien die bestehenden Verträge.
7. Ein amerikanischer Hubschrauber landet irrtümlich in der DDR. Die an Bord befindlichen Mitglieder der amerikanischen Streitkräfte werden festgenommen. Die Regierung der DDR protestiert am folgenden Tage in einem Schreiben an das amerikanische Außenministerium gegen die Verletzung der Luft-
- hoheit. Sie macht die Freilassung der Besatzung von der Aufnahme von Regierungsverhandlungen abhängig.
- Bundesparteitag der Deutschen Partei in Berlin. Bei der Vorstandswahl wird der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Herbert *Schneider*, zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Für den gegen *Schneider* unterlegenen bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Bundesminister Hans-Joachim von *Merkatz*, wird der Posten des Zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden geschaffen. Parteivorsitzender bleibt der niedersächsische Ministerpräsident, Heinrich *Hellwege*. *Hellwege* setzt sich vor dem Parteitag für eine Zurückhaltung bei der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr ein: auch wenn die allgemeine Abrüstung zunächst scheitern sollte, müßten Uebergangslösungen gefunden werden, die den Frieden sichern.
9. Der bisherige französische Botschafter in Bonn und jetzige französische Außenminister, Maurice *Couve de Murville*, stattet der Bundesregierung einen Abschiedsbesuch ab. Bundeskanzler *Adenauer* gibt in seiner Ansprache seiner Genugtuung Ausdruck, daß die Leitung der französischen Außenpolitik einem guten Kenner der deutschen Verhältnisse und der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit übertragen wurde. *Couve de Murville* versichert in seiner Antwort, er werde als Außenminister ebenso für die deutsch-französischen Beziehungen und für die bestehenden Verträge einstehen wie bisher.
- Die Bundesregierung beantragt beim Bundesverfassungsgericht einstweilige Anordnungen gegen die Länder Bremen und Hessen, die im Lande Bremen und in einigen hessischen Städten angesetzten Volksbefragungen über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr einstweilen zu verschieben.
12. Das Bundesverfassungsgericht erläßt eine einstweilige Anordnung, die Durchführung der Volksbefragung über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr im Lande Bremen bis zur Sachentscheidung des Gerichts auszusetzen. (Vgl. Zeittafel in EA 12/1958).
13. Der Deutsche Bundestag lehnt mit 215 Stimmen (CDU/CSU, FDP, DP) gegen 123 Stimmen (SPD) den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Durchführung einer Volksbefragung im gesamten Bundesgebiet über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab. (Vgl. Zeittafel in EA 10/1958.)
14. Der Ministerrat der DDR beschließt Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. U. a. sind staatliche Beihilfen und Schuldenerlasse für die unwirtschaftlich arbeitenden Produktionsgenossenschaften vorgesehen. Der Stellvertretende Ministerpräsident Paul *Scholz* erklärt vor der Presse, diese Maßnahmen hätten zum Ziel, die Einzelbauern zum Eintritt in die Produktionsgenossenschaften zu bewegen.



## Frankreich

1. General Charles *de Gaulle* ersucht die Nationalversammlung um seine Investitur als Ministerpräsident. Er verlangt Sondervollmachten für seine Regierung für die Zeit von sechs Monaten, die sofortige Inangriffnahme einer Verfassungsreform, die Bestätigung der neuen Verfassung durch ein Plebiszit und die Vertagung des Parlaments bis zum Beginn der neuen Sitzungsperiode im Herbst. Die Nationalversammlung billigt die Investitur mit 329 gegen 224 Stimmen. In der Debatte hatte der frühere Ministerpräsident Pierre *Mendès-France* gegen die Investitur *de Gaulles* Stellung genommen und erklärt, das Parlament sehe sich einer Erpressung gegenüber. Die Zusammensetzung der neuen Regierung wird zum Teil schon in der Debatte der Nationalversammlung bekanntgegeben; nach der Vervollständigung der Ministerliste in den folgenden Tagen setzt sich das Kabinett folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Verteidigungsminister: General Charles *de Gaulle*; Staatsminister (stellvertretende Ministerpräsidenten): Guy *Mollet*, Pierre *Pflimlin*, Félix *Houphouët-Boigny*, Louis *Jacquinot*; Außenminister: Maurice *Couvé de Murville*; Innenminister: Emile *Pelletier*; Minister für die Landstreitkräfte: Pierre *Guillaumat*; Justizminister: Michel *Debré*; Finanzminister: Antoine *Pinay*; Industrie- und Handelsminister: Edouard *Ramonet*; Minister für öffentliche Arbeiten, Transport und Fremdenverkehr: Robert *Buron*; Landwirtschaftsminister: Roger *Houdet*; Wiederaufbauminister: Pierre *Sudreau*; Arbeitsminister: Paul *Bacon*; Minister für die Ueberseegebiete: Bernard *Cornut-Gentille*; Minister für die Sahara: Max *Lejeune*; Unterrichtsminister: Jean *Berthoin*; Postminister: Eugène *Thomas*; Pensionsminister: Edmond *Michelet*; Minister bei der Ministerpräsidentenschaft (mit dem Informationswesen betraut): André *Malraux*.
2. Ministerpräsident *de Gaulle* richtet Botschaften an den tunesischen Staatspräsidenten, Habib *Bourguiba*, und an König Mohammed V. von Marokko. *Bourguiba* gegenüber gibt er der Absicht Ausdruck, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern zu regeln; er ersucht darum, alles zu vermeiden, was die Lage verschlimmern könnte. In seiner Botschaft an König Mohammed versichert er, daß er fest entschlossen sei, mit der marokkanischen Regierung freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Die Nationalversammlung billigt mit 337 gegen 199 Stimmen die Uebertragung der den früheren Regierungen gewährten Vollmachten für Algerien auf die neue Regierung. Die von Ministerpräsident *de Gaulle* geforderten Sondervollmachten für sechs Monate werden von der Nationalversammlung mit 322 gegen 232 Stimmen erteilt. Beide Vorlagen werden am folgenden Tage auch vom Rat der Republik gebilligt.
3. Die Nationalversammlung billigt mit 350 gegen 163 Stimmen ein Gesetz zur Aenderung des Artikels 90 der Verfassung, durch das die Regierung ermächtigt wird, in Zusammenarbeit mit einem vom Parlament gestellten beratenden Ausschuß den Entwurf einer neuen Verfassung auszuarbeiten und einer Volksabstimmung zur Billigung zu unterbreiten. In der Debatte wehrt Ministerpräsident *de Gaulle* verschiedene Abänderungsanträge durch die Androhung seines Rücktritts ab. Nachdem das Gesetz am gleichen Tage auch vom Rat der Republik gebilligt worden ist, vertagt sich das Parlament bis zum Herbst. Die Regierung gibt die Aufhebung der Zensur bekannt. Der am 17. Mai zurückgetretene Generalstabschef, General Paul *Ely*, wird wieder in sein Amt eingesetzt. Ministerpräsident *de Gaulle* beruft den Oberbefehlshaber in Algerien, General Raoul *Salan*, zur Berichterstattung nach Paris.
4. Ministerpräsident *de Gaulle* begibt sich in Begleitung der Minister Pierre *Guillaumat*, Max *Lejeune* und Louis *Jacquinot* nach Algerien. In einer Rede in Algier erklärt er, es werde von nun an nur Franzosen mit den gleichen Rechten und Pflichten geben; die 10 Millionen Franzosen Algeriens würden in einem einzigen Wahlkörper ihre Vertretungen wählen. An die algerischen Aufständischen appelliert er, den Weg zur Versöhnung zu beschreiten, den er ihnen öffnen wolle.
5. Der Stellvertretende Vorsitzende des „Zentralen Ausschusses des öffentlichen Wohls für Algerien und die Sahara“, Léon *Delbecq*, erklärt in einer Rundfunkansprache in Algier, die Wohlfahrtsausschüsse würden die Revolution des 13. Mai bis zu ihrer Vollendung fortsetzen.
6. Ministerpräsident *de Gaulle* fordert in einer Rede in Oran die Wohlfahrtsausschüsse auf, ihre Grenzen nicht zu überschreiten und sich nicht in die Zuständigkeiten der Behörden einzumischen.
7. Nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten nach Paris ernannt der Ministerrat den Oberbefehlshaber in Algerien, General Raoul *Salan*, zum Generaldelegierten in Algerien. Das Algerienministerium übernimmt Ministerpräsident *de Gaulle* selbst. In einem Schreiben an General *Salan* beauftragt er diesen mit der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der staatlichen Gewalt in Algerien.
8. Es finden Teilwahlen zum Rat der Republik statt, nach denen der Rat künftig folgende Zusammensetzung hat (in Klammern die Zahl der bisherigen Sitze): Unabhängige und Bauernparteien: 90 (85); Demokratische Linke (Radikalsozialisten, RGR u. a.): 65 (71); Sozialisten: 56 (54); Sozialrepublikaner: 39 (41); Volksrepublikaner: 26 (24); Kommunisten: 16 (14); Senatoren aus den überseeischen Gebieten: 23.
9. Außenminister Maurice *Couvé de Murville* erklärt in einem Rundfunkinterview, die neue Regierung werde den westlichen Bündnissen treu bleiben und auch die europäische Zusammenarbeit fortsetzen. Das Ingangsetzen des europäischen Gemeinsamen Marktes hänge für Frankreich von seiner wirtschaftlichen Gesundung und finanziellen Stabilisierung ab.
10. Der „Zentrale Ausschuß des öffentlichen Wohls für Algerien und die Sahara“ richtet eine Erklärung an Ministerpräsident *de Gaulle*, in der er die Verschiebung der für Algerien vorgesehenen Gemeindewahlen, die Aufhebung des Sonderstatus Algeriens und die Auflösung der politischen Parteien fordert.
11. Ministerpräsident *de Gaulle* richtet ein Telegramm an General *Salan*, in dem er die Erklärung des Zentralen Wohlfahrtsausschusses vom Vortage scharf zurückweist: dem Ausschuß stehe kein anderes Recht zu, als unter Kontrolle *Salans* die Meinung seiner



Mitglieder zum Ausdruck zu bringen. Er untersagt Salan, für Anträge des Ausschusses Partei zu ergreifen.

13. Ministerpräsident *de Gaulle* umreißt in einer Rundfunkansprache die künftigen Aufgaben seiner Regierung: Befriedung Algeriens und dessen dauernde Vereinigung mit Frankreich, Herstellung föderativer Bindungen zwischen dem Mutterland und den überseeischen Gebieten, Ausbau der Beziehungen zu Marokko, Tunesien und den indochinesischen Staaten, Teilnahme an der Verteidigung der westlichen Welt, Stabilisierung der Wirtschaft und der Finanzen, Reform der Institutionen der Republik.

#### Griechenland

9. In seiner Thronrede zur Eröffnung des neugewählten Parlaments fordert König *Paul* die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für die Bevölkerung Cyperns. Am folgenden Tag sagt Ministerpräsident *Karamanlis* in seiner Regierungserklärung, die Cypern-Frage drohe den Nordatlantikkpakt zu erschüttern. Griechenland habe Grund, an dem Bündnis festzuhalten, doch könne es die Interessen der Cyprioten nicht dem Bündnis opfern. Am 14. Juni ruft die Regierung aus Protest gegen die griechisch-türkischen Zusammenstöße auf Cypern (vgl. Cypern) die griechischen Offiziere aus dem NATO-Hauptquartier für Südosteuropa in Izmir zurück.
13. In einer Note an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschuldigt die Regierung die Türkei, auf Cypern eine vorsätzliche und geplante Aggression begangen zu haben.

#### Großbritannien

9. Die Regierung ersucht durch eine gleichzeitig in London und Ankara vorgenommene Demarche die türkische Regierung, bei dem türkischen Bevölkerungsteil Cyperns ihren Einfluß im Sinne einer Beschwichtigung der Unruhen (vgl. Cypern) geltend zu machen.
10. Verteidigungsminister *Duncan Sandys* erklärt vor dem Unterhaus, man müsse vielleicht wieder auf die Möglichkeit zurückkommen, ein umfassendes Abrüstungsabkommen in einem Schritt zu erreichen. Dazu sei die Schaffung einer Weltsicherheitsbehörde notwendig, die über ein Rüstungskontrollamt und über eine internationale Streitmacht verfügen müsse. Diese Streitmacht müsse den abgerüsteten Nationen militärisch überlegen sein.

#### Jugoslawien

3. In einer Note an die Sowjetregierung protestiert die Regierung gegen die Kündigung der sowjetischen Kreditzusagen (vgl. Zeittafel in EA 12/1958, Sowjetunion).
15. Präsident *Tito* erklärt in einer Rede in Labin (Istrien), die neue Kampagne der Ostblockstaaten gegen Jugoslawien beruhe weniger auf ideologischen Differenzen als auf der Weigerung Jugoslawiens, in das „sozialistische Lager“ einzutreten. Er verteidigt die Annahme westlicher Wirtschaftshilfe, die niemals mit politischen Bedingungen verknüpft gewesen sei; Jugoslawien habe sie annehmen müssen, weil es schwer unter den Folgen der Politik *Stalins* zu leiden hatte. Nun stelle sich *Chruschtschow* wieder auf den Stand-

punkt der Kominform-Resolution von 1948, und es werde schwer sein, das Vertrauen der jugoslawischen Völker in die Sowjetunion noch einmal wiederherzustellen.

#### Oesterreich

11. Der Nationalrat ratifiziert den deutsch-österreichischen Vertrag vom 15. Juni 1957 zur Regelung vermögensrechtlicher Beziehungen.

#### Portugal

8. Zum neuen Präsidenten der Republik wird mit 76,4 vH der abgegebenen Stimmen der Kandidat der Regierung, Admiral *Americo Tomas*, gewählt. Der oppositionelle Kandidat, General *Humberto Delgado*, erhält 23,5 vH der Stimmen.

#### Schweden

1. Die Wahlen zum Reichstag ergeben folgende Sitzverteilung (in Klammern die Zahl der Sitze im bisherigen Reichstag): Sozialdemokraten: 111 (106); Konservative: 45 (42); Volkspartei: 38 (58); Bauernpartei: 32 (19); Kommunisten: 5 (6).

#### Sowjetunion

2. In einer Note an die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt sich die Sowjetregierung bereit, an der von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Konferenz über die friedliche Erforschung der Antarktis teilzunehmen. (Vgl. Zeittafel in EA 11/1958, Vereinigte Staaten.)
3. Ministerpräsident *Chruschtschow* richtet ein Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, in dem er die Aufnahme von Verhandlungen über einen amerikanisch-sowjetischen Handelsvertrag vorschlägt.
11. Ministerpräsident *Chruschtschow* richtet Schreiben an die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs zur Frage der Vorbereitung einer „Gipfel“-Konferenz. (Der Wortlaut der erst später veröffentlichten Schreiben wird zusammen mit weiteren Dokumenten zum Thema „Gipfel“-Konferenz in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben.)
13. In einem Memorandum an die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt sich die Sowjetregierung damit einverstanden, am 1. Juli in Genf mit Expertenbesprechungen über die Kontrolle von Kernwaffenversuchen zu beginnen. (Vgl. den entsprechenden Vorschlag Präsident *Eisenhowers* vom 10. Juni unter Vereinigte Staaten.)

#### Türkei

8. Das Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung zu den Vorgängen in Cypern (vgl. Cypern), in der es die Forderung auf eine Teilung der Insel erhebt. Diese Forderung wird auch in einer Note erhoben, die am 14. Juni dem britischen Botschafter übergeben wird.
13. In einer Note an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen macht die Regierung den griechischen Bevölkerungsteil Cyperns für die dortigen Unruhen verantwortlich. Sie erklärt, die Koexistenz der griechischen und türkischen Volksgruppen auf Cypern unter dem gleichen Regime sei unmöglich geworden.



## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

## AFRIKA

## Algerien

(die mit der französischen Staatskrise zusammenhängenden Ereignisse siehe unter Frankreich)

5. In einem in Kairo veröffentlichten Kommuniqué erklärt das Exekutiv-Komitee der algerischen Nationalen Befreiungsfront (FLN), Ministerpräsident *de Gaulle* habe mit seiner Rede in Algier (vgl. Frankreich) eine friedliche Lösung des algerischen Konflikts auf der Basis der Unabhängigkeit Algeriens unmöglich gemacht und trage die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges.

## Marokko

3. König *Mohammed V.* gibt in seiner Antwort auf die Botschaft des französischen Ministerpräsidenten (vgl. Frankreich) der Hoffnung Ausdruck, daß die Befriedigung der nationalen Wünsche des algerischen Volkes durch Frankreich die Beziehungen zwischen Frankreich und den nordafrikanischen Ländern auf eine gesunde Grundlage stellen werde.
12. Der Ministerpräsident von Ghana, *Kwame Nkrumah*, trifft zu einem Besuch in Rabat ein und wird von König *Mohammed* empfangen. Nach den Besprechungen, die sich mit der Verwirklichung der auf der Konferenz von Akkra (vgl. Zeittafel in EA 10/1958, Ghana) gefaßten Beschlüsse beschäftigen, erklärt *Nkrumah*, es lasse sich bereits ein „afrikanisches Bewußtsein“ feststellen.
14. In Rabat und Paris wird bekanntgegeben, die französische Regierung sei bereit, ihre Truppen von zehn Stützpunkten in Ost- und Südmarokko abzuziehen. In einem marokkanischen Kommuniqué wird der Abzug als erster Schritt zur vollständigen Räumung Marokkos durch die französischen Truppen bezeichnet.

## Tunesien

3. Präsident *Habib Bourguiba* erklärt in seiner Antwort auf die Botschaft des französischen Ministerpräsidenten (vgl. Frankreich), daß auch die tunesische Regierung bestrebt sei, alles zu vermeiden, was die Lage erschweren könnte.
12. Nach Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten von Ghana, *Kwame Nkrumah*, und Präsident *Bourguiba* wird ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem sich beide Staaten verpflichten, dem algerischen Volk bei der Verwirklichung seiner Unabhängigkeit zu helfen.

## AMERIKA

## Brasilien

5. Präsident *Juscelino Kubitschek* richtet ein Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, *Dwight D. Eisenhower*, in dem eine gemeinsame Überprüfung der Beziehungen zwischen den Ländern Nord- und Südamerikas vorgeschlagen wird. Die Demonstrationen gegen den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, *Richard M. Nixon*, bei dessen Reise durch Südamerika (vgl. Zeittafel in EA 11/1958, Vereinigte Staaten), hätten das Ansehen der panamerikanischen Einheit in der Weltöffentlichkeit beeinträchtigt; es müsse etwas zu seiner Wiederherstellung getan werden.

## Kanada

- 1.—4. Staatsbesuch des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, *Theodor Heuss*. Am 2. Juni spricht *Heuss* vor beiden Häusern des Parlaments. Er dankt dem kanadischen Volk für die Hilfe, die es dem deutschen Volk nach dem Kriege in vielfältiger Weise geleistet habe.
- 12.—13. Premierminister *John Diefenbaker* und der britische Premierminister, *Harold Macmillan*, erörtern in Ottawa beide Länder interessierende Fragen, besonders die Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der westlichen Welt.

## Vereinigte Staaten

2. Das Repräsentantenhaus verabschiedet die Vorlage des Präsidenten zur Schaffung eines zivilen Weltraumamtes, das für alle nichtmilitärischen Weltraumprojekte verantwortlich sein soll.
- 4.—7. Staatsbesuch des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, *Theodor Heuss*. Am 5. Juni spricht *Heuss* vor beiden Häusern des Kongresses. Er betont, daß Deutschland zum Westen gehöre und daß es in diesem Punkt keine Neutralität gebe. Er warnt vor dem Schlagwort der Koexistenz, wenn damit die Anerkennung der Teilung Deutschlands gemeint sei. Der Bundespräsident dankt dem amerikanischen Volk für die materielle und moralische Hilfe, mit der es dem deutschen Volk aus der Not der Nachkriegsjahre geholfen habe. Am 5. Juni treffen Bundesaußenminister *von Brentano* und Außenminister *John Foster Dulles* in Washington zu Besprechungen zusammen, bei denen u. a. die Entwicklung in Frankreich erörtert wird. Auf einer Pressekonferenz erklärt *Brentano*, es sei bekräftigt worden, daß die Deutschlandfrage auf einer eventuellen „Gipfel“-Konferenz nicht ausgeschlossen werden dürfe. In der Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums und der Stationierungskosten für die amerikanischen Truppen sei keine Lösung erzielt worden. Diese Fragen würden durch die Botschafter weiterbehandelt.
- 7.—11. Der Premierminister Großbritanniens, *Harold Macmillan*, hält sich zu einem inoffiziellen Besuch in den Vereinigten Staaten auf. In seinen Besprechungen mit Präsident *Eisenhower* werden u. a. die wirtschaftliche Interdependenz der westlichen Länder, die Hilfe für unterentwickelte Gebiete, die Einstellung von Kernwaffenversuchen, die Bemühungen um eine „Gipfel“-Konferenz und die Lage in Frankreich erörtert.
10. Präsident *Eisenhower* beantwortet das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 30. Mai (vgl. Zeittafel in EA 12/1958, Sowjetunion). In seiner Antwort schlägt *Eisenhower* vor, die Expertenkonferenz über die Kontrolle von Kernwaffenversuchen am 1. Juli in Genf abzuhalten. Gegen die Mitwirkung tschechoslowakischer und polnischer Experten erhebt er keine Einwendungen. Der Präsident betont, diese technischen Besprechungen bedeuteten keine Verpflichtung in bezug auf spätere Beschlüsse über eine Einstellung der Versuche.



Präsident *Eisenhower* beantwortet das Schreiben des brasilianischen Präsidenten *Kubitschek* vom 5. Juni (vgl. Brasilien). Eisenhower schlägt vor, die Konsultation zwischen den südamerikanischen Staaten und den Vereinigten Staaten zu verbessern.

11. Das Repräsentantenhaus verabschiedet mit 317 gegen 98 Stimmen die Vorlage über die Erneuerung des „Reciprocal Trade Agreements Act“.

## ASIEN

### Cypern

7. In Larnaka und Nikosia demonstrieren türkische Cyproten für die Teilung der Insel. Dabei kommt es in Nikosia zu Zwischenfällen mit der griechischen Bevölkerungsgruppe und mit britischen Truppen. Die Unruhen dauern an den folgenden Tagen an. Am 11. Juni bildet sich eine griechische Selbstverteidigungsorganisation. Am 12. Juni werden sämtliche Versammlungen auf der Insel verboten.

### Japan

11. Der japanische Reichstag bestätigt Ministerpräsident *Nobusuke Kishi* in seinem Amt. Der neuen Regie-

rung gehören u. a. an: Außenminister: *Aiichiro Fujiyama*; Finanzminister: *Eisaku Sato*; Außenhandelsminister: *Tatsunosuke Takasaki*; Verteidigungsminister: *Gisen Sato*.

### Libanon

1. Die Regierung erklärt sich bereit, vorläufig nicht auf einer Behandlung ihrer Klage gegen die Vereinigte Arabische Republik vor dem Sicherheitsrat (vgl. Zeit-  
tafel in EA 12/1958) zu bestehen, bis der Rat der Arabischen Liga eine Lösung versucht habe.
4. In Beirut kommt es zu den schwersten Straßenkämpfen seit Beginn der Krise. Die Aufständischen setzen zum ersten Male panzerbrechende Waffen ein. Am 14. Juni versuchen die Aufständischen, den Amtssitz des Staatspräsidenten zu stürmen.
9. Den Botschaftern der drei Westmächte wird im Außenministerium in Beirut eine Note der Regierung übergeben, in der an die von den drei Staaten gegebene Garantie für den status quo im Mittleren Osten erinnert wird.
12. Eine erste Gruppe von UN-Beobachtern trifft in Beirut ein. (Vgl. den Beschluß des Sicherheitsrats, unter „Vereinte Nationen“.)

## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

2. Der Sicherheitsrat beginnt mit der Erörterung des tunesisch-französischen Konflikts. Nachdem beide Seiten ihre Standpunkte dargelegt haben, beschließt der Rat am 4. Juni, die Debatte auf den 18. Juni zu vertagen, um die Ergebnisse der zwischen den beiden Regierungen eingeleiteten Verhandlungen abzuwarten.
- 2.—6. In Genf findet die achte Tagung des Exekutivkomitees des Flüchtlingshilfefonds der Vereinten Nationen (UNREF) statt. Das Komitee nimmt Berichte über die Arbeit im Fernen Osten, über die noch nicht eingegliederten Flüchtlinge in Oesterreich und Deutschland, über Bemühungen zur Beschaffung finanzieller Mittel und über die Auflösung von Lagern entgegen. Es faßt eine Resolution über die Errichtung einer Arbeitsgruppe zum Studium der Möglichkeiten weiterer Flüchtlingshilfe nach der Beendigung der Tätigkeit des UNREF am 31. Dezember 1958.
6. Der Sicherheitsrat beginnt mit der Erörterung der Klage des Libanon gegen die Vereinigte Arabische Republik (vgl. Zeittafel in EA 12/1958, Libanon). Nach einer Vertagung, während der die Ergebnisse

der Verhandlungen im Rat der Arabischen Liga (s. diese) abgewartet werden, setzt der Rat am 10. Juni seine Sitzungen fort und beschließt am 11. Juni mit 10 gegen 0 Stimmen bei Stimmenthaltung der Sowjetunion, eine Gruppe von Beobachtern der Vereinten Nationen in den Libanon zu entsenden.

### Welt-Gesundheits-Organisation (WHO)

14. In Minneapolis wird die am 28. Mai begonnene 11. Vollversammlung der WHO beendet. Die Konferenz beschäftigt sich u. a. mit der Förderung medizinischer Forschung und den möglichen Gefahren friedlicher Atomnutzung auf die Gesundheit.

### Arabische Liga

6. Der Rat der Liga beendet eine mehrtägige Sitzung in Bengasi, auf der es nicht gelang, eine Einigung über die Beilegung des inneren Konflikts im Libanon und des daraus resultierenden Konflikts zwischen dem Libanon und der Vereinigten Arabischen Republik zu erreichen.

### Sozialistische Internationale

- 12.—14. Sitzung des Generalrates in Brüssel (vgl. den Bericht auf S. 10 906 dieser Folge).

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Berlin; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1958 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43.50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.



# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Juni 1958

8. Jahrgang — Nr. 6

## Die Tätigkeit des Europarats im Mai 1958

### I. TAGUNGEN DES RATES

Im Mai fanden folgende Tagungen statt:

*Unterausschuß der Menschenrechtskommission:* Straßburg, 1. bis 3. Mai (siehe unter „Rechtsfragen“).

*Rechtssachverständige für Fernsehen:* Paris, 12. u. 13. Mai (siehe unter „Rechtsfragen“).

*Gemeinsame Sitzung des Präsidiums des Ausschusses für kommunale Fragen und des Präsidiums der Europäischen Konferenz der Kommunalbehörden:* Paris, 16. Mai (siehe unter „Kommunale Fragen“).

*Ausschuß für kommunale Fragen:* Istanbul, 19. Mai (siehe unter „Kommunale Fragen“).

*Arbeitsgruppe für ein Europäisches Dienstrecht:* Paris, 17. u. 18. Mai (siehe unter „Rechtsfragen“).

*Konferenz der nationalen Korrespondenten:* Brüssel, 19. bis 22. Mai (siehe unter „Verschiedenes“).

### II. RECHTSFRAGEN

#### Unterausschuß für Menschenrechte

Der Unterausschuß der Menschenrechtskommission tagte vom 1. bis zum 3. Mai unter dem Vorsitz von Herrn P. Berg (Norwegen) in Straßburg.

Auf der Tagesordnung stand die weitere Prüfung der zweiten griechischen Beschwerde betreffend die Zustände auf der Insel Zypern. Die nächste Sitzung ist für den Monat Juli vorgesehen.

#### Australien tritt einer Konvention bei

Mit Schreiben vom 24. April 1958 hat das Politische Departement der Schweizer Bundesregierung den Generalsekretär des Europarats davon in Kenntnis gesetzt, daß die Regierung von Australien die Ratifikationsurkunde über den Beitritt zur Europäischen Konvention über die internationale Klassifizierung von Patenten übersandt hat. Dieser Beitritt, mit Wirkung vom 24. Mai 1958, ist erfolgt gemäß Artikel 5 der Konvention, nach welcher jedes Mitglied der Internationalen Union für den Schutz von industriellem Eigentum der Europäischen Konvention beitreten kann. Dieser Beitritt erfolgt durch eine Notifizierung an die Schweizerische Bundesregierung.

Diese Europäische Konvention des Europarats wurde im Dezember 1954 unterzeichnet. Ihr gehören zur Zeit folgende Länder an: Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Norwegen, Schweden, Irland, Italien, die Niederlande, die Türkei und Großbritannien.

Die Südafrikanische Union ist am 28. November 1957 einer anderen Europäischen Konvention über Patente vom Dezember 1953 beigetreten. Es handelt sich um die Konvention für die Regelung der Antragsformalitäten für Patentfragen.

#### Europäisches Abkommen über den Personenverkehr

Am 30. Mai hinterlegten die Ständigen Vertreter Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland, Herr Hans Reichmann und Herr Hans Bock, die Ratifikationsurkunden ihrer Regierungen über das mehrseitige Europäische Abkommen betreffend den grenzüberschreitenden Personenverkehr zwischen den Mitgliedsländern des Europarats vom 13. Dezember 1957.

Nachdem Frankreich, Italien und Belgien dieses Abkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet hatten, ist es bereits am 1. Januar 1958 in Kraft getreten.

### III. KOMMUNALE FRAGEN

#### Europäische Konferenz der Kommunalbehörden

Das Büro dieser Konferenz hielt am 16. Mai 1958 eine gemeinsame Sitzung mit dem Präsidium des Kommunal-ausschusses der Beratenden Versammlung ab.

Auf der Tagungsordnung stand die Vorbereitung der zweiten Europäischen Kommunalkonferenz. Die beiden genannten Gremien beschäftigten sich vor allem mit der Aufstellung einer Tagesordnung dieser Konferenz, der Einteilung der Ausschüsse und der Ausarbeitung einer Liste von Organisationen, die zur Entsendung von Delegierten aufgefordert werden sollen.

Außerdem wurde über eine Revision der Geschäftsordnung und andere praktische Fragen verhandelt. Die Frage der Schaffung eines „Sechserausschusses“, die von der Konferenz vorgenommen werden sollte, wurde auf eine spätere Sitzung des Büros der Konferenz verschoben.

#### Kommunalausschuß

Unter dem Vorsitz des Abgeordneten John Hay tagte der Kommunalausschuß der Beratenden Versammlung am 19. Mai 1958 in Istanbul.

Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stand die Prüfung der Berichte, die der 2. Europäischen Kommunalkonferenz vorgelegt werden sollen.

Der Ausschuß traf eine Reihe von Entscheidungen praktischer und finanzieller Art im Hinblick auf diese Konferenz.

Der Ausschuß beschloß, den Europapreis 1958 den Städten Wien und Den Haag zuzusprechen.



## IV. NATIONALE PARLAMENTE

**Griechenland:** Nach den allgemeinen Wahlen vom 11. Mai 1958 übernahm Herr Konstantin Karamanlis erneut seine Ämter als Ministerpräsident und Verteidigungsminister. Herr Evangelos Averoff wurde Außenminister, während Herr Konstantin Kallias, ehemaliger Abgeordneter der Beratenden Versammlung, zum Justizminister ernannt wurde.

## V. VERSCHIEDENES

*Besuch des Generalsekretärs im Internationalen Arbeitsamt*

Auf Einladung von Herrn David A. Morse, dem Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation, stattete Herr Lodovico Benvenuti, Generalsekretär des Europarats, dem Internationalen Arbeitsamt in Genf am 19. und 20. Mai einen offiziellen Besuch ab. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Fragen gemeinsamen Interesses und der weiteren Entwicklung der Beziehungen beider Organisationen. Am Vormittag des 20. Mai wurden Herrn Benvenuti die leitenden Beamten des Internationalen Arbeitsamtes durch Herrn Morse vorgestellt, und der Generalsekretär des Europarats hielt einen kurzen Vortrag über den Europarat und die jüngste europäische Entwicklung. Herr Morse wurde vom Generalsekretär des Europarats zu einem Besuch in Straßburg eingeladen, und es wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß dieser Besuch in naher Zukunft werde erfolgen können.

*Konferenz der nationalen Korrespondenten*

Die in den Mitgliedsländern tätigen nationalen Korrespondenten der Presse- und Informationsabteilung des Generalsekretariats traten zu ihrer Jahreskonferenz vom 19. bis 22. Mai in Brüssel zusammen. Die Sitzungen fanden im Pavillon des Europarats und im Sitzungssaal des Pavillons der EGKS statt.

Unter dem Vorsitz von Direktor Paul M. G. Lévy und Herrn Solf wurden die im Zusammenhang mit einer Aufklärung der europäischen Öffentlichkeit stehenden Probleme erörtert.

*Europäisches Akkordeon-Festival 1958*

Während der Pfingsttage 1958 fand in Straßburg unter der Schutzherrschaft des Europarats ein großes Europäisches Akkordeon-Festival statt. Aus 23 Ländern waren 180 Orchester erschienen, um sich an dem Wettbewerb um den vom Generalsekretär des Europarats gestifteten Europapokal zu beteiligen.

Der Sieger war das Nürnberger Jugend-Akkordeon-Orchester. Die Reineinnahmen der Veranstaltung wurden dem Werk des Paters Pire für die verschleppten Personen überwiesen.

Zu Beginn des Festivals wurden die Organisatoren im Europahaus durch Herrn H. H. Solf im Auftrage des Generalsekretärs empfangen, am Pfingstsonntag las Pater Pire eine Feldmesse für die Teilnehmer des Festivals.

*Kurze Nachrichten*

Der Fernsehwettkampf „Kennst Du Europa?“, der von den Mitgliedsländern der EGKS durchgeführt worden ist, wurde von Frä. Marta Benati aus Mailand gewonnen.

Herr André Kaminker, der ehemalige Leiter des Dolmetscherdienstes im Generalsekretariat des Europarats, wurde zum Offizier der Ehrenlegion ernannt.

*„Towards A European Parliament“*

Unter diesem Titel ist eine objektive Studie über den Europarat und seine Beratende Versammlung erschienen. Der Verfasser ist Herr Kenneth Lindsay, ehemaliger britischer Minister und unabhängiges Mitglied des Unterhauses. Herr Lindsay hat sich seit dem Ende des letzten Krieges unermüdlich für die europäische Einigung eingesetzt und ist einer der besten Kenner der Materie.

Das Vorwort stammt von Sir Robert Boothby, Mitglied des britischen Unterhauses und langjähriger Abgeordneter bei der Beratenden Versammlung.

Eine französische Ausgabe dieser Schrift wird in Kürze erscheinen.

## VORLAUFIGER TERMINKALENDER

9. Juni (für ungefähr 14 Tage):	Europäische Menschenrechtskommission (Straßburg).
9. u. 10. Juni:	Rechtsausschuß (Den Haag).
10. Juni u. ff.:	Stellvertreter der Minister (Straßburg).
11. bis 19. Juni:	Kultursachverständige (Straßburg).
12. Juni:	Gemischter Kulturausschuß (Straßburg).
13. u. 14. Juni:	Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge (Paris).
13. bis 15. Juni:	Europäischer Runder Tisch (Bonn).
16. u. 17. Juni:	Ausschuß für nicht vertretene Nationen (Berlin).
17. Juni:	Rechtssachverständige (Straßburg).
17. bis 19. Juni:	Berater des Sonderbeauftragten (Paris).
18. Juni:	Politischer Ausschuß: Sondergruppe für die Koordinierung der Außenpolitik (Wien).
21. bis 27. Juni:	Europäisches Parlament (Straßburg).
26. u. 27. Juni:	Sonderausschuß für Grenzformalitäten (Den Haag).
30. Juni:	Präsidium der Versammlung (Paris).
30. Juni:	Unterausschuß für Menschenrechte (Straßburg).
2. bis 5. Juli:	Versammlung der Westeuropäischen Union (Paris, Palais d'Iéna).
3. bis 6. Juli:	Ausschuß für kommunale Fragen (Lüttich).
9. Juli:	Politischer Ausschuß: Unterausschuß Nr. 3 (Erklärung über die Grundlagen der europäischen Zivilisation) (Paris).
10. u. 11. Juli:	Politischer Ausschuß (Paris).
11. Juli:	Gemeinsame Sitzung des Politischen und des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses für Landwirtschaft (OECE) (Paris).
11. u. 12. Juli:	Wirtschaftsausschuß und Unterausschüsse Nr. 5 und 6 (Paris).